

böll | thema

Schön bunt?
Wie es um die Eliten in
Deutschland bestellt ist

Frech laut!
Ein Konzertbesuch bei
Feine Sahne Fischfilet

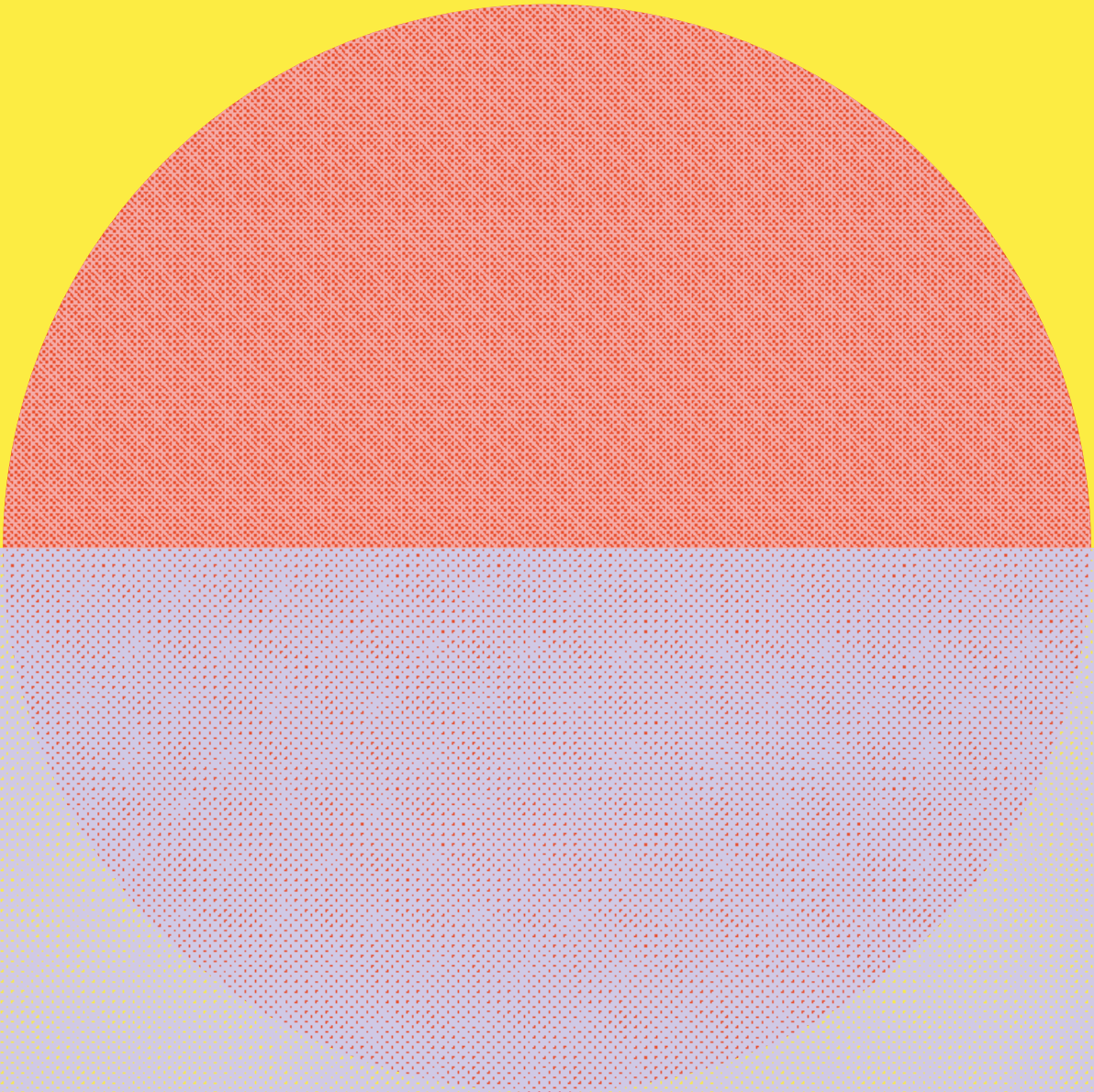
19-1

Gut kontrovers!
Thomas Oberender und
Tilman Mayer im Gespräch



Das Magazin der Heinrich-Böll-Stiftung

Tickt der Osten wirklich anders?



30 Jahre Einheit nach 40 Jahren Teilung – gehören Sie zu denen, die finden, dass die 40 Jahre DDR doch endlich ins Museum gehören? Verständlich. Aber Geschichte und Biografie lassen sich nicht abschütteln wie Staub von den Schuhen. Erfahrungen und Identitäten bleiben und prägen Generationen, die selbst keine gelernten DDR-Bürgerinnen und -Bürger sind. Wie viel Glut im Rückblick auf die DDR und vor allem auf die Phase ihrer Abwicklung in den 1990ern noch steckt, zeigt die neue Debatte um den Osten. Aber wer oder was ist eigentlich nach drei Jahrzehnten wiedervereinigtes Deutschland gemeint? Die 11 Prozent Männer und vor allem Frauen, die jetzt im alten Westen wohnen? Oder die, die 1991 ihr Leben im Westen aufgaben und in den Osten gezogen sind? Oder sind nur, aber auch nur die gemeint, die vor dem Stichtag 3. Oktober 1990 auf dem Territorium der DDR geboren wurden? Keine leicht zu beantwortende Frage. Gesellschaftliche Prägungen überlagern sich, das kollektive Gedächtnis rückt sich die Geschichte jeweils zurecht, und jeder erzählt seine Geschichte ein bisschen anders.

Worum es eigentlich geht in diesem neuen Land, das wir seit 30 Jahren bewohnen – das will dieses Heft erkunden. Der «Osten» ist keine soziale und kulturelle Enklave, keine wirtschaftliche Steppe. Der Osten Deutschlands – das sind Menschen, die durch zwei Diktaturen besonders viel Erfahrung mit einem Leben ohne Rechtsstaat, ohne Meinungsfreiheit und ohne stabile Demokratie haben, die mit dem Problem des Rechtsextremismus stärker zu kämpfen haben als andere Bundesländer. Das sind Menschen – und hier wird es spannend –, die transformationserprobt sind, erfinderisch und vielfältig. TICKT der Osten anders? Anders als was? Schon sind wir im Thema ...



Dr. Ellen Ueberschär
Vorstand der
Heinrich-Böll-Stiftung

Ellen Ueberschär

Editorial

- 1 Von Ellen Ueberschär

Wo wir stehen

- 3 **Wer oder was ist dieses Ostdeutschland eigentlich?**
«Den Osten» gibt es gar nicht – aber Erfolgsgeschichten in den neuen Bundesländern.
Von Claudia Müller
- 6 **Zahlen und Fakten**
Ein empirisch genauer Blick zeigt: Nicht Ost und West, sondern die Region macht den Unterschied.
Von Sebastian Bukow und Fabian Voß

Großes Interview

- 8 **«Der Aufbruch der Ostdeutschen hat nie das ganze Land erreicht»**
Thomas Oberender und Tilman Mayer im Streitgespräch: Wurde den Ostdeutschen ihre Biografie genommen, oder ist die Wiedervereinigung eine Erfolgsgeschichte?
Interview:
Alem Grabovac

Politik und Teilhabe

- 12 **Weiß, männlich, bürgerlich und westdeutsch**
Arbeiterkinder, Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund sind in den deutschen Eliten unterrepräsentiert. Ostdeutsche auch.
Von Michael Hartmann
- 14 **«Die nächsten Jahrzehnte schlauer gestalten»**
Michael Kellner, Grünen-Bundesgeschäftsführer, über die Herausforderungen der Landtagswahlen 2019.
Interview:
Sophie Herwig

- 15 **Meine Leute, deine Leute**
Ist eine Demokratie nur dann wirklich gelungen, wenn alle gesellschaftlichen Gruppen im Parlament vertreten sind?
Von Suzanne S. Schüttemeyer

- 16 **Neue Zonen – Ost vs. West?**
Regionales Wahlverhalten und die Wahl der AfD.
Von Sebastian Bukow

- 18 **«Wir müssen anknüpfen an '89»**
Maike Schaefer ist grüne Spitzenkandidatin in Bremen, Christin Melcher Landesvorsitzende in Sachsen. Was verbindet sie, was trennt sie?
Interview:
Susanne Sporrer

Menschen

- 19 **Was machst du hier?**
Viele Leute ziehen weg aus dem Osten. Andere aber bleiben – oder ziehen hin. Sieben Porträts.
Von Paul Wrusch und Johannes Ernst

Bildung und Kultur

- 26 **Lust auf Zukunft machen**
Politische Bildung in strukturschwachen Regionen muss den Menschen das Gefühl geben, dass die Politik ihnen zuhört und sie unterstützt.
Von Ellen Ueberschär
- 28 **Wie Wacken ohne Schlamm**
Die Band Feine Sahne Fischfilet kommt aus Mecklenburg-Vorpommern und will da auch nicht weg. Ein Konzertbesuch in Brandenburg an der Havel.
Von Annabelle Seubert
- 30 **Stopp! Erkläre!**
Schubladen, Vorurteile, Einsortierungen: Auf ein Glas Wodka und Prosecco mit Annett Gröschner (Ost) und Johanna Freiburg (West) von der Performance-Gruppe She She Pop.
Interview:
Annette Maennel

Wirtschaft und Infrastruktur

- 32 **Die Lausitz – letzte Kohlebastion in Deutschland**
Christian Huschga wohnt in Atterwasch, einem Dorf, das dem Tagebau weichen soll. Er kämpft gegen Braunkohleabbau. Wolfgang Rupieper ist Vorsitzender des Vereins Pro Lausitzer Braunkohle. Auch er gibt nicht auf.
Von Carla Baum
- 37 **Chance für unsere Demokratie**
Die Auseinandersetzungen in der Lausitz sind nicht nur wichtig für unsere Energiepolitik.
Von Annalena Baerbock

- 38 **«Die Region braucht ein neues Leitbild»**
Ralph Sterck ist Geschäftsführer der Zukunftsagentur Rheinisches Revier. Ein Gespräch über Strukturwandel und Stolz.
Interview: Carla Baum

- 39 **Flöze, Gruben, Schächte**
Die Geschichte der Braunkohle in Deutschland.
Von Carla Baum

Wohnen

- 40 **Blühende Städte**
Die Abwanderung in Ostdeutschland ist gestoppt, die Binnenwanderung aber geht weiter.
Von Uwe Rada
- 42 **«Ja, wir haben eine neue Baukonjunktur»**
Raoul Schmidt-Lamontain ist Baubürgermeister von Dresden – und seine Stadt wächst.
Interview: Uwe Rada

Das letzte Wort

- 44 **Im Osten was Neues**
Von einem, der aus dem Westen auszog, um woanders er selbst zu werden.
Von Martin Reichert

Wer oder was ist dieses Ostdeutschland eigentlich?



Die Bundestagsabgeordnete Claudia Müller sieht vor allem Erfolgsgeschichten, die sich fortschreiben lassen. Wenn es einen Willen zur Gestaltung gibt.



«Gut ausgebildete Fachkräfte lassen sich dort nieder, wo sie und ihre Familien eine Zukunft haben.»

kulturell, wirtschaftlich und auch sozialgesellschaftlich sehr von Sachsen und Thüringen. Dann ist da der Stadtstaat Berlin, der sowohl Ost als auch West ist.

Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg haben einige der schönsten Natur- und Seenlandschaften und sind für viele Menschen der Inbegriff von Weite und sauberer Luft. Die Radwanderwege, entlang derer es Gutshäuser und Schlösser zu entdecken gilt, sind ein Traum. Zusammen mit dem Wandereldorado Sachsen-Anhalt, dem Bundesland mit den meisten Unesco-Kulturdenkmälern, ist der Norden Ostdeutschlands Natur- und Urlaubsparadies für ganz Deutschland. Die Lebensqualität hier ist hoch. Kultur und Mentalität sind durch die Hanse geprägt, und es ist eine große Nähe zu Skandinavien und Schleswig-Holstein spürbar. Die großen Dichter und Denker von Weimar und das Erbe der Dresdner Residenz sind Zeugnisse deutscher Kultur. Die Freistaaten Thüringen und Sachsen haben ihre philosophischen Wurzeln in der Aufklärung und der Weimarer Republik. Beide Bundesländer hatten in der Vergangenheit stets eine starke politische und kulturelle Bedeutung, eingeschlossen Leipzigs Vorreiterrolle in der Friedlichen Revolution von 1989.

Doch natürlich wird auch diese Kategorisierung in Nord und Süd der Vielfalt der ostdeutschen Land- und Zivilgesellschaften nicht gerecht. So weist auch die wirtschaftliche Entwicklung in den ostdeutschen Regionen viele Unterschiede und Eigenheiten auf.

Im Norden gab es – bedingt durch Gutsherrschaft, fruchtbare Böden in der Börde und im Havelnd, die vielen Seen und die Küste – immer schon viel Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei, die zu allen Zeiten wichtig war, um die Bevölkerung zu versorgen. Produzierendes und verarbeitendes Gewerbe, Chemiestandorte und Bergbau entstanden eher in den südlichen Regionen Ostdeutschlands. Die wirtschaftliche Transformation der schnellen Wirtschafts- und Währungsunion mit allen ihren Risiken traf daher die Wirtschaftsbetriebe im Süden besonders hart, aber ebenso die Landwirtschaft im Norden.

Teile Sachsens und Thüringens haben sich gut erholt und wirtschaftlich beachtlich entwickelt. Leipzig und Jena sind heute boomende Regionen und vergleichbar mit prosperierenden Gebieten im Nordwesten Deutschlands. Sobald sich aber in den neuen Bundesländern negative Dinge ereignen, wie etwa in Chemnitz oder Köthen, muss «Ostdeutschland an sich» als Erklärungsmuster erhalten. Das mag helfen, den Blick auf die Defizite im gesamten Bundesgebiet zu vermeiden, verhindert aber gleichzeitig eine diffe-

Text: Claudia Müller

Der Begriff «Ostdeutschland» steht für mich für die gelungene Friedliche Revolution, ein in der deutschen Geschichte einmaliger Vorgang. Gleichzeitig für einen international hoch geachteten Prozess, der durch die Mehrheit der Ostdeutschen selbstbestimmt und engagiert erreicht wurde. 29 Jahre nach dieser Friedlichen Revolution redet niemand mehr von einer Teilung Deutschlands, aber auch nicht von einer abgeschlossenen Vereinigung. Der Begriff Ostdeutschland, für einige steht er heute mehr für Frustration als für Euphorie.

Doch mit der Begrifflichkeit fängt es schon an: Es gibt nicht das eine Ostdeutschland. Die Menschen dort sind Thüringerinnen, Sachsen, Uckermärkerinnen oder Mecklenburger. Schon aus historischen Gründen unterscheiden sich etwa Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen-Anhalt

renzierte Perspektive. So wurde in den vergangenen Monaten die Sicht auf die neuen Bundesländer mit Pegida, Chemnitz und Köthen auf eine Art und Weise verengt, die den Blick auf die Erfolge und Leistungen der Menschen in Ostdeutschland völlig verstellt.

Landflucht, Schrumpfungprozesse und Überalterung – all diese Prozesse liefen im Ostdeutschland der Nachwendezeit in enormer Geschwindigkeit ab, während sie in anderen Gegenden Deutschlands und auch Europas erst jetzt in einem Zeitraum von Dekaden stattfinden. Das bedeutet, dass der Osten heute auch Indikator für gesellschaftlichen Wandel ist: Hier können wir die Herausforderungen, aber auch den Erfolg von Lösungsansätzen für einen sozial gerechten und ökologisch-wirtschaftlichen Umbau der Gesellschaft in den kommenden Jahren schon jetzt sehen.

Die Überalterung wurde vor allem in Gebieten mit geringer Siedlungsdichte durch die große Abwanderungswelle vorrangig junger, gut ausgebildeter Frauen langfristig verstärkt. Das traf insbesondere den Nordosten. So ist die Alterungsrate in Mecklenburg-Vorpommern um ein Vielfaches höher als in vergleichbaren Regionen in Westdeutschland. Daher ist gerade dort die Fachkräfte- und Nachfolgesicherung für Unternehmen das entscheidende Erfolgskriterium für den Erhalt der wirtschaftlichen Stabilität.

In den meist ländlich geprägten Regionen des Ostens, wo hauptsächlich Klein- und Kleinunternehmen die Wirtschaft dominieren, müssen wir unser Augenmerk auf die vorhandenen Stärken richten und diese konsolidieren und ausbauen. So könnte eine Chance darin liegen, Hochtechnologiestandorte gezielt an traditionelle, meist arbeitsintensive Wirtschafts- und Dienstleistungsgewerbe in der Gegend anzudocken. Ein Beispiel dafür ist die arbeitsintensive Gesundheitsbranche: Kombiniert mit innovativer Medizin- und Orthopädietechnik können in einer Region auch Arbeitsangebote für hochqualifizierte Fachkräfte entstehen – und eine verbesserte Versorgung der Patienten hilft der Branche, sich weiter zu entwickeln.

Blicken wir auf die Kreativwirtschaft: Kreative bringen sich meist aktiv in ansässige Einrichtungen ein und helfen so, die vorhandene Kultur- und Bildungslandschaft weiter auszubauen und zu gestalten. Die grundlegende Voraussetzung dafür ist aber ein adäquater Breitbandausbau, der zügig umgesetzt werden muss. Auch eine auf neue Anforderungen reagierende Hoch- und Fachschullandschaft, die hochqualifiziertes Personal ausbildet und bei Innovationsvorhaben als Partner zur Seite steht, ist für die Entwicklung in der Breite des gesamten Ostens notwendig.

Es gilt, angemessene Mindeststandards in Bildung und Kinderbetreuung, Kultur, Gesundheit und dem öffentlichen Nahverkehr zu etablieren und langfristig zu sichern. Gut ausgebildete Fachkräfte lassen sich an solchen Orten nieder, die ihnen und ihren Familien die Möglichkeit geben, sich zu entwickeln. Und Unternehmen, die solche Fachkräfte einstellen, bauen Brücken in die Regionen – denn in den Unternehmen

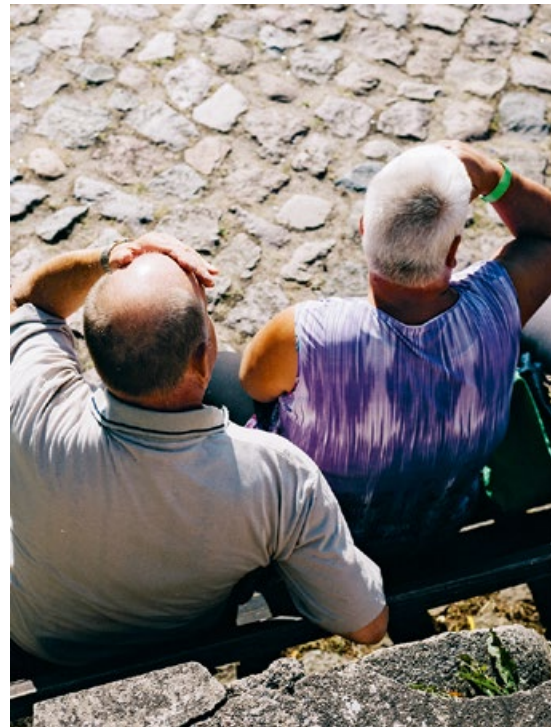
ist nicht die Herkunft, sondern die Arbeitsleistung entscheidend. Diese Aufgeschlossenheit und eine Affinität der Wirtschaft zu Fortschritt und Entwicklung sind ein wertvolles Potenzial bei der Gestaltung von Gesellschaft: So wird Vielfalt ermöglicht. Die Unternehmen sind oft der Anker vor Ort und übernehmen auch soziale Verantwortung. Sei es im Fußballclub, bei der Freiwilligen Feuerwehr oder auch bei der Ausbildung von Einwanderern.

Ein Blick zu unseren europäischen Nachbarn zeigt, dass auch dort in ländlichen Regionen ähnliche Probleme zu bewältigen sind. Das Ziel, Regional- und Städtepartnerschaften weiter zu stärken und zu fördern, könnte daher wichtige Impulse geben.

Und ja, es gibt sie, die ostdeutschen Erfolgsgeschichten: Beispielsweise HNP-Mikrosysteme in Schwerin, gegründet in der Nachwendezeit von zwei Ingenieuren des Fraunhofer-Instituts in Stuttgart, stellt mit heute 75 Beschäftigten Präzisionspumpen her, die in der ganzen Welt Absatz finden. Das expandierende Unternehmen ist regional sehr gut verankert und vernetzt, insbesondere mit der Wismarer Hochschule. Dann sind da die Eigentümer von Jackle & Heidi, die mit ihrer Bioeisproduktion von Neubrandenburg aus ganz Mecklenburg-Vorpommern beliefern – und dafür Berlin verließen.

Beispiele wie diese gibt es in allen ostdeutschen Bundesländern – und sie machen berechtigte Hoffnung. Wir müssen die Vielfalt und Veränderung jetzt gestalten.

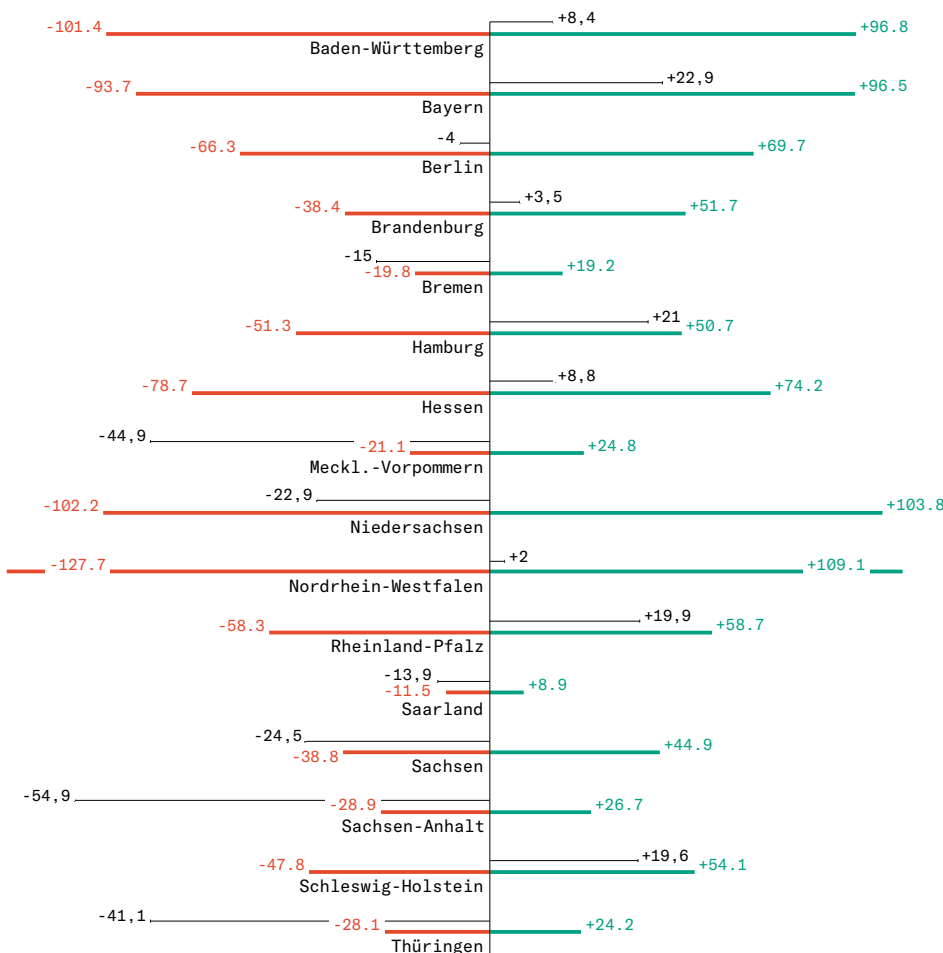
Claudia Müller, geboren 1981, war eine der beiden Landesvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen in Mecklenburg-Vorpommern. Seit 2017 ist sie die einzige Vertreterin der Grünen Mecklenburg-Vorpommern im Bundestag. Sie ist Mittelstandsbeauftragte und, als gebürtige Rostockerin, Sprecherin für maritime Wirtschaft.



Zahlen und Fakten

Im Sommer 2018 wurde das Verhältnis von «Ost» und «West» intensiv diskutiert. Doch gibt es diese Teilung überhaupt noch? Ein genauer Blick zeigt: Nicht Ost oder West, sondern die Region macht den Unterschied! 16 Länder sind vielfältig: Ost/West, Nord/Süd, urban/ländlich und vieles mehr prägen das Leben im Land.

Recherche und Text: Sebastian Bukow und Fabian Voß



● Fortzüge 2016 (in Tausend)
 ● Zuzüge 2016 (in Tausend)
 Saldo, Durchschnitt 1991–2016 (je 10.000 Einwohner)

Binnenwanderung in Deutschland (nach Bundesländern)

Dargestellt ist die innerdeutsche Binnenwanderung im Saldo (Gesamtbevölkerung; je 10.000 Einwohner/innen, Durchschnitt 1991–2016; in schwarz) sowie die absolute Zu- und Abwanderung zwischen den Bundesländern im Jahr 2016 (nur Deutsche; in 1.000). Für Niedersachsen ist durch die Erstaufnahmeeinrichtung für Spätaussiedler zu beachten: Jeder Spätaussiedler, der im Rahmen der Außenwanderung zugezogen ist, wird bei der anschließenden Verteilung im Inland als Abwanderer in der Binnenwanderungsrechnung erfasst. Für Brandenburg ist zu beachten: Prägend ist die Umlandwanderung aus Berlin.

Datenquelle: Statistisches Bundesamt. Berechnung Saldo: BiB.

1 Binnenwanderung

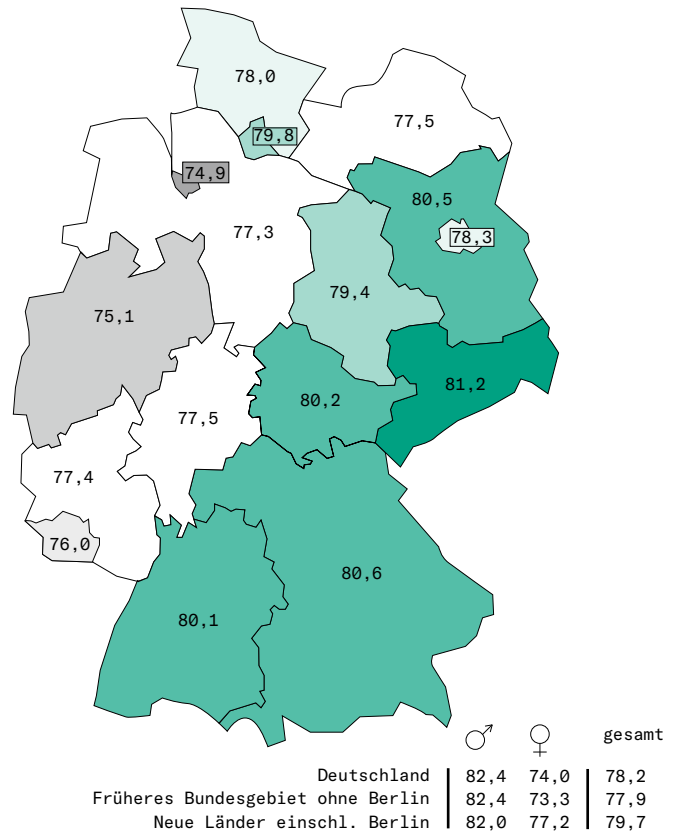
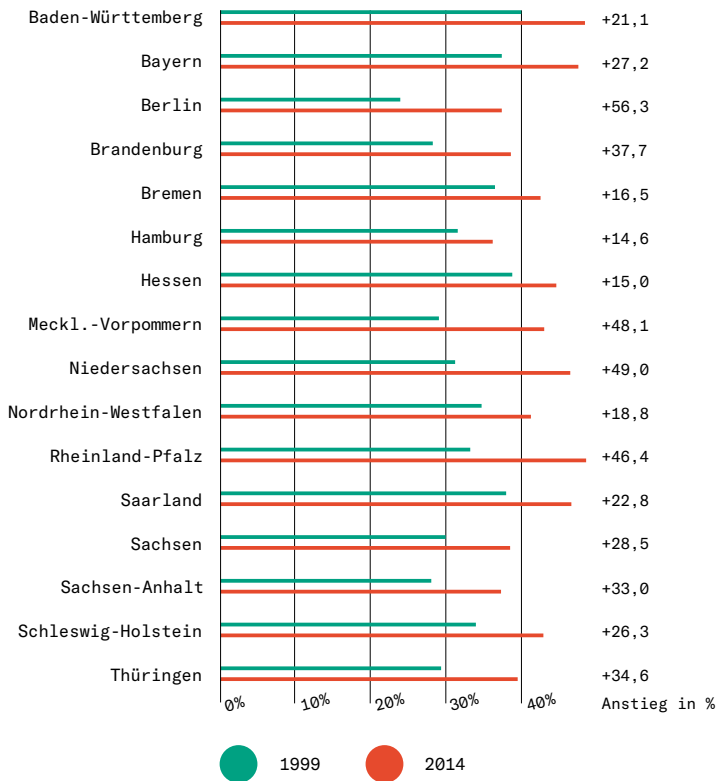
Deutschland ist in Bewegung – das zeigt der Blick auf die Binnenwanderung. Betrachtet man die gesamte innerdeutsche Mobilität der letzten Jahrzehnte über die Bundesländergrenzen hinweg, so sind sowohl klare Nord-Süd- wie auch Ost-West-Bewegungen zu erkennen. Das Wanderungsgeschehen wird dabei vor allem von Arbeits-, Bildungs- und Wohnungsmärkten bestimmt, aber auch die Frage der Verkehrsanbindung spielt eine Rolle. Seit 1991 mussten die ostdeutschen Bundesländer Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen im Vergleich zu ihrer Bevölkerungszahl die größten Wanderungsverluste hinnehmen. Gewinner der innerdeutschen Wanderungen sind hingegen Bayern, Hamburg und Rheinland-Pfalz. Bemerkenswert: Die Ost-West-Wanderung ist mittlerweile keine relevante Größe mehr, in den 2010er-Jahren hat sich die Ost-West-Mobilität im Saldo ausgeglichen – bei deutlichen Unterschieden zwischen einzelnen Bundesländern, wie der Blick auf die Wanderungsfälle 2016 zeigt (Binnenwanderung, hier: nur Deutsche). Hinter diesen Daten für die Landesebene verbergen sich jedoch deutlich dramatischere Umwälzungen: Landflucht ist nicht nur global, sondern auch in Deutschland ein empirisch deutliches Phänomen. So zeigen Untersuchungen, dass Großstädte und deren umliegenden Gemeinden hinzugewinnen, Gemeinden in dünn besiedelten ländlichen Gebieten hingegen besonders stark schrumpfen – in Ost-, aber auch in Westdeutschland.

Quellen: Statistisches Bundesamt (2018): Statistisches Jahrbuch 2018, online unter www.destatis.de/DE/Publikationen/StatistischesJahrbuch/StatistischesJahrbuch.

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung: Binnenwanderungssalden nach Bundesländern* je 10.000 Einwohner, Durchschnitt der Jahre 1991 bis 2016, online unter www.bib.bund.de/DE/Fakten/Fakt/M31-Binnenwanderungssaldo-Bundeslaender-ab-1991.html.

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2013): Vielfalt statt Gleichwertigkeit. Was Bevölkerungsrückgang für die Versorgung ländlicher Regionen bedeutet, Berlin.

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2015): Wachsen oder schrumpfen? BBSR-Analysen Kompakt 12/2015, Berlin.



Freiwilliges Engagement in den Ländern (Anteile 1999/2014 und Veränderung in Prozent)

Erwerbsquote 2017 (Anteile der Erwerbstätigen in der Gruppe der 15-65-Jährigen)

2 Freiwilliges Engagement in Deutschland

Freiwilliges Engagement in Deutschland ist sehr vielfältig – hinsichtlich der Beteiligungsformen, der regionalen Verteilung und in verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen bzw. Milieus. Die Gründe für diese Unterschiede sind mannigfaltig – gesellschaftlich-strukturelle, individuelle und angebotsseitige Aspekte werden diskutiert. Auffällig ist, dass das Engagement seit 1999 in allen Bundesländern angestiegen ist, besonders stark in Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern. Nach wie vor zeigen sich Ost-West-Unterschiede, entscheidender sind aber Unterschiede zwischen den Ländern. In der Regel ist die Engagementquote im Süden höher als im Norden und in der Stadt niedriger als in ländlichen Regionen. Bemerkenswert: Das Engagement von Frauen unterscheidet sich kaum zwischen Stadt und Land, Männer hingegen sind im ländlichen Raum deutlich häufiger freiwillig engagiert als in der Stadt.

Quellen: Simonson, Julia/Vogel, Claudia/Tesch-Römer, Clemens (Hg.) (2017): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014. Wiesbaden: Springer VS.

Simonson, Julia/Vogel, Claudia/Tesch-Römer, Clemens (Hg.) (2017): Tabellenhang. Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014. Wiesbaden: Springer VS.

Erläuterung der Datengrundlage: Der Deutsche Freiwilligensurvey ist die wichtigste Bevölkerungsbefragung zum freiwilligen Engagement in Deutschland und wird seit 1999 in fünfjährlichem Abstand erhoben (telefonische Befragung; repräsentative Erhebung, Grundgesamtheit: Wohnbevölkerung Deutschlands ab 14 Jahren). „Freiwilliges Engagement“ wird als Oberbegriff sehr weit verstanden (bspw. Ehrenamt, Freiwilligenarbeit, Selbsthilfe, Tätigkeiten in selbstorganisierten Initiativen/Projekten).

3 Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit

2015 konstatiert die Bundesregierung große Fortschritte bei der Angleichung der Lebensverhältnisse im Land, gerade auch im ökonomischen Bereich. Die Wirtschaftsleistung hat sich in den neuen Ländern mehr als verdoppelt, die Zahl der Arbeitslosen sank auf ein Rekordtief. Und so zeigt sich heute, 28 Jahre nach der Wiedervereinigung: Die Arbeitslosenquote ist weiter gesunken (Ost-West-Jahresdurchschnitt 2017: 7,6 zu 5,3 Prozent), und die Ost-West-Unterschiede werden deutlich geringer. Betrug die Ost-West-Differenz Anfang der 2000er Jahre noch rund 10 Prozentpunkte, so ist der Abstand 2017 auf 2,3 Prozentpunkte abgeschmolzen (Anteile Langzeitarbeitslose: keine Differenz). Größer sind die Unterschiede zwischen den Bundesländern, hier ist ein klares Nord-Süd-Gefälle erkennbar. Betrachtet man die in der Abbildung gezeigten Erwerbsquoten (15-65 Jahre), dann zeigen sich nur geringe Ost-West-Unterschiede. Entscheidend sind die Unterschiede in der Frauenerwerbstätigkeit, auch wenn die Frauen in Westdeutschland aufholen, wobei die Erwerbsquote von Frauen insgesamt in den letzten zehn Jahren angestiegen ist. Dabei sind Frauen in Ost wie (noch stärker) West weitaus häufiger in Teilzeit tätig. Mit Blick auf die generelle Erwerbsquote sind erneut die Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern besonders deutlich, die Spanne reicht hier von 75,1 Prozent (NRW) bis zu 81,2 Prozent (Sachsen).

Quellen: Bundesregierung (2015): Jahresbericht Deutsche Einheit 2015. Bilanz kann sich sehen lassen, online unter www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/bilanz-kann-sich-sehen-lassen-252888

Beauftragter der Bundesregierung für die neuen Länder (2018): Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2018, online unter www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Neue-Laender/jahresbericht-zum-stand-der-deutschen-einheit-2018.html.

Verschiedene Beiträge des Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Länder, online unter www.beauftragter-neue-laender.de

Statistisches Bundesamt (Destatis), 2018: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung, Ergebnisse des Mikrozensus zum Arbeitsmarkt: Fachserie 1, Reihe 4.1, erschienen am 21. September 2018.

«Der Aufbruch der Ostdeutschen

hat nie das ganze Land erreicht»

(TO)

Interview: Alem Grabovac Fotografie: Stephan Röhl

Thomas Oberender leitet die Berliner Festspiele – und sagt, dass den Ostdeutschen ihr Stolz und ihre Biografien genommen wurden. Tilman Mayer ist Politologieprofessor in Bonn – und findet, dass die Wiedervereinigung eine Erfolgsgeschichte ist. Ein Streitgespräch.

Wo waren Sie am 9. November 1989, als die Mauer fiel?

Thomas Oberender (TO): Die Mauer ist ja nicht gefallen, sie wurde durchbrochen. Ich habe die Küche renoviert. Im Fernsehen kamen auf einmal diese unverständlichen Mitteilungen, dass die Leute auf der Mauer tanzen. Ich erwartete in Ost-Berlin den Besuch meines Vaters aus Thüringen. Er war in all dem Trubel stecken geblieben. Als er ein paar Stunden später meine Wohnung erreichte und wir endlich loslaufen konnten, kamen uns schon Leute im Schlafanzug entgegen.

Tilman Mayer (TM): Ich war damals in Franken, und wir wollten nach Passau fahren. Am nächsten Morgen sah ich die ersten Trabis in Würzburg. Das war natürlich schon ein unvergessener, spektakulärer Moment.

Weshalb, Herr Oberender, sagen Sie, dass die Mauer nicht gefallen sei?

TO: «Der Fall der Mauer» klingt passiv, als wäre das von selbst passiert und identisch mit dem Wunsch nach Wiedervereinigung. Aber für die Revolution im Osten spielte die deutsche Wiedervereinigung zunächst gar keine Rolle. Es gibt einen gravierenden Unterschied zwischen der Perspektive des 9. November 1989 und des 3. Oktober 1990. Am 9. November ist etwas Unglaubliches passiert, es gab eine ganz kurze Wellengleichheit zwischen der Volksbewegung und der Oppositionsbewegung, jener Bürgerbewegung der 1.000 Aufrechten, die in der DDR die Gesellschaft neu organisieren wollten. Die Volksbewegung wollte bald darauf nur noch den Wohlstandsanschluss. Wer die Nachwendeentwicklungen von Hoyerswerda bis Chemnitz und Köthen verstehen will, kann von dieser Wende, der Wende zwischen dem 9. November und dem 3. Oktober, viel lernen. Wie konnte aus dem Zustand eines gesamtgesellschaftlichen Lächelns, einer gemeinsamen Euphorie in Ost und West eine ganz andere Dynamik entstehen, in der man nicht länger auf Augenhöhe vereint war, sondern der östliche Teil der Bevölkerung zu einer Art Nachhilfeschüler wurde?

TM: Ich würde hier nicht nur von einem «Wohlstandsanschluss» sprechen. Die Bürgerrechtsbewegung hat, weil man ja damit die DDR infrage gestellt hätte, sozusagen als Selbstschutz nicht an die

Wiedervereinigung gedacht. Man wollte die Reform, den Aufbruch innerhalb des Systems. Aber sehr schnell merkte man, dass man damit an den Rand geriet. Die aktuellen Entwicklungen verliefen ganz einfach in eine andere Richtung. Es gab das Zehn-Punkte-Programm von Helmut Kohl. Es entstanden neue Dynamiken, die man schnellstmöglich nutzen musste.

Welche Nachwendeentwicklungen meinen Sie genau, Herr Oberender?

TO: Die politische Agenda Kohls - der «Aufbau Ost» nach dem Modell und mit den Kräften des alten Westens - hat spätestens mit der Einführung der D-Mark eine faktische Gewalt besessen, die alle Alternativen als unliebsame Experimente erscheinen ließ. Mir geht es zum Beispiel um die Runden Tische, um die Bürgerrechtsbewegung, die zuvor sukzessive die Verfassungsreformen in der DDR-Volkskammer auf den Weg gebracht hat. Sie schufen die rechtlichen, aber auch moralischen Voraussetzungen für eine Wiedervereinigung dieser ja doch über 40 Jahre getrennten Landesteile. Dieser Reformprozess mündete zum Beispiel im Entwurf einer neuen gesamtdeutschen Verfassung. Aber dieser «Wisch», wie ihn einige westdeutsche Politiker nannten, wurde als überflüssige «Prosa und Lyrik» vom Tisch gefegt. Das war die bittere Pille im Vereinigungsprozess. Anstatt auf Augenhöhe zu verhandeln, haben die ostdeutschen Länder eine Beitrittserklärung zur BRD unterzeichnet. Weshalb hat man, wie im Grundgesetz empfohlen, damals keine neue Verfassung erarbeitet? Das wird uns sicher - ebenso wie die unerfreulichen wirtschaftlichen Aktivitäten der Treuhandanstalt - in Zukunft intensiv beschäftigen.

TM: Man kann da doch nicht von einer «Beitrittserklärung» sprechen. Für mich war und ist es eine Wiedervereinigung. Gegenüber diesen Überlegungen zur Verfassung zählte damals ganz einfach das Argument, dass es keine Zeit für innerdeutsche Diskussionen gab. Als es die außenpolitische Lage zuließ, musste man schauen, die Ernte einzufahren, solange dafür noch die Möglichkeit bestand.

TO: Von welcher Ernte sprechen Sie?

TM: Ich spreche von der Ernte im Sinne der Wiedervereinigung. Ost und West wollten zusammenkommen, es gab die Dynamik



«Wir müssen uns viel öfter Geschichten erzählen, auch und gerade nach 30 Jahren. Ebenso bedarf es einer Aufklärung über die unterschiedlichen Sozialisationsprozesse in Ost und West.» (TM)



Tilman Mayer

in der Bevölkerung, also musste man Nägel mit Köpfen machen. Die Verfassungsdiskussion, so wichtig sie auch gewesen sein mag, war da nur ein Nebengleis. Diese ganzen Debatten hätten den Prozess der Einigung behindern können. Pragmatismus war damals gefordert. Im Rückblick ist das doch auch verständlich: Der Prozess der Annäherung und Vereinigung wurde gegenüber anderen Alternativen erst einmal forciert. Das war doch auch richtig.

TO: Ich denke, es gab in Ost und West eine große Ungeduld. Die Annäherung und Vereinigung, von der Sie sprechen, fand aus meiner Sicht eher am 9. November statt. Dieser Tag hat uns von Herzen vereint. Die Wiedervereinigung des 3. Oktober erweist sich langfristig vielleicht eher als etwas Papiernes. Wenn Sie an den Eliten-, Waren- und Knowhowtransfer von West nach Ost denken, dann frage ich mich, ob die Einseitigkeit des faktischen Prozesses langfristig gut gehen kann. Der Aufbruch der Ostdeutschen hat nie das ganze Land erreicht. Dass in den neuen Bundesländern alles so werden musste, wie es im Westen bereits war, wirkt auf mich

heute keineswegs zwangsläufig. Das war keine Ernte. Und dass die Geschichte der Wiedervereinigung eher aus der Perspektive des 3. Oktober geschrieben wird, also eines Vorgangs, der scheinbar von Anbeginn auf die Übernahme der bundesrepublikanischen Ordnung hinauslief, ist Teil einer Geschichtsschreibung der Sieger, die als Attitüde in Ostdeutschland einen bitteren Nachgeschmack hat.

Sie gehen in Ihrer Kritik – Thomas Oberender – noch weiter. Sie haben geschrieben, dass man den Ostdeutschen «Stolz und Biografie» genommen habe. Den Abriss des Palasts der Republik haben Sie gar als «innerdeutschen Kolonialismus» bezeichnet.

TO: Ja, diese Geschichte einer gefühlten Lächerlichmachung oder Abwertung der eigenen Lebensgeschichte teilen viele Ostdeutsche mit anderen Migranten. Nur dass sie sozusagen im eigenen Land das Land gewechselt haben. Die Rekonstruktion des Berliner Stadtschlösses ist ein Akt der Geschichtspolitik, die das Experiment des Sozialismus in Deutschland, also die gesamte Geschichte der DDR, auf einer symbolischen Ebene für nichtig erklärt. Vielleicht hätte man an dieser Stelle eher ein wirkliches Denkmal der Deutschen Einheit bauen sollen, einen Palast der gemeinsamen Zukunft. Aber so dominiert, zumindest in meiner Generation, die Tilgung.

TM: Das ist schon harter Tobak, den Sie da von sich geben, Herr Oberender. Es ist schwierig, da einen Konsens zu finden. In dem Sinne, dass man sich über die Geschichte verständigt. Ich glaube und hoffe nicht, dass es ein Sieger- und Verliererverhältnis zwischen Ost und West gibt. Mit Blick auf den 3. Oktober sind wir gemeinsam zu neuen Ufern aufgebrochen. Die Wiedervereinigung ist ein Projekt, das alle betrifft und natürlich in Ostdeutschland die größten Übergangsprobleme im Transformationsprozess erzeugt hat. Aber es ist doch so, dass die Bürgerrechtsbewegung gegenüber den kommunistischen Strukturen, die dort vorher existiert haben, gesiegt hat. Das war doch ein Befreiungsprozess. Und die Westdeutschen haben da mitgeholfen und notwendigerweise eine große Rolle gespielt, weil die entsprechenden Kapazitäten da waren. Natürlich kam es zu un schönen Entwicklungen und Kollateralschäden. Die sollen auch benannt werden. Aber man kann doch an dieser Stelle nicht von einer westdeutschen «Geschichte der Sieger» sprechen.

Und was – Tilman Mayer – ist Ihre Meinung zum Abriss des Palasts der Republik?

TM: Ich habe kein Problem mit dem Abriss eines Gebäudes, das symbolisch einen Staat repräsentierte, der seine Bürger/innen unterdrückt hat. Und es wird ja auch – in der Form einer Wippe – ein Denkmal für die Deutsche Einheit geben. Ich würde auch nicht so weit gehen, zu behaupten, dass man den Ostdeutschen ihren «Stolz und ihre Biografie» genommen habe. Da steckt mir zu viel Opfermentalität drin. Sie betonen mir zu sehr das Trennende, anstatt Prozesse zu sehen, die wir gemeinsam geleistet

haben. Zudem muss man das im Kontext der osteuropäischen Staaten sehen. Auch dort gab und gibt es Übergangsprobleme hin zu einer modernen demokratischen Gesellschaft.

TO: Die Ostdeutschen sind am 9. November 1989 wirklich zu neuen Ufern aufgebrochen. Genauso wie die Osteuropäer. Sie wurden nicht befreit. Der Kulturphilosoph Boris Buden wies in seinem Wende-Essay «Zonen des Übergangs» darauf hin, dass die Akteure der demokratischen Revolutionen nach 1990 jedoch eher in die Rolle von unmündigen Nachahmern eines Gesellschaftsmodells gerieten, das ihre Erfahrungen nicht brauchte. Es war eben nicht alles automatisch gut, nur weil sich die Ostdeutschen plötzlich an den reich gedeckten Familientisch des Westens setzen durften. Heute fangen wir an zu sehen, dass die ostdeutsche und osteuropäische Geschichte einen Schatz an Differenz birgt, und nicht nur aus den Mauertoten und der Stasi besteht. Es gab die faktische Vollbeschäftigung der Frauen mit all den damit verbundenen Infrastrukturen. Es gab Polykliniken, ein Gesellschaftsmodell ohne Wettbewerb, ohne Klassen, andere Politikmodelle wie die Runden Tische, es war, bei allen finsternen Seiten, zugleich eine Geschichte, die reich an alternativen Denkmustern und Produktionsformen war.

Sehen Sie diesen Schatz nicht, Herr Mayer?

TM: Ich bin auch dafür, dass wir uns mehr zuhören müssen. Wir müssen uns viel öfter Geschichten, auch und gerade nach 30 Jahren – erzählen. Ebenso bedarf es einer Aufklärung über die unterschiedlichen Sozialisationsprozesse in Ost und West. Ich denke nur, dass die Polemik hier der falsche Weg ist. Ich würde nicht von «innerdeutschem Kolonialismus» und auch nicht von einer «westdeutschen Siegeregeschichte» sprechen. Ich glaube einfach, dass es Sachzwänge gab, die bestimmte Entwicklungen notwendig gemacht haben.

Herr Mayer, Sie haben kürzlich geschrieben: «Es gibt Teilungsspuren, aber es sind eigentlich keine Teilungsgräben. Gerade die Unter-Dreißig-Jährigen, die Post-Einheit-Generation, empfindet sich sehr stark als gesamtdeutsch.» Macht die Einteilung in West und Ost überhaupt noch Sinn? Sind das Identitätsschablonen, die nicht mehr greifen?

TM: In der Tat weisen die Studien darauf hin, dass sich zunehmend eine gesamtdeutsche Identität herausgebildet hat. Das deckt sich auch mit den Erfahrungen, die ich mit meinen Studenten an der Universität in Bonn mache. Da ist es doch egal, ob jemand aus dem Osten, Westen, Norden oder Süden kommt. Das sind doch interessante innerdeutsche Migrationsbewegungen.

TO: Ich habe mich 20 Jahre nicht als Ostdeutscher gefühlt und war 1989 froh, dass wir diesen Staat, den meine Generation schon nicht mehr als ihren erlebt hat, besiegt haben. Aber seit ein paar Jahren spüre ich, dass ich mich gegen die Rede vom «Mauerfall» wehren möchte. Durch diese Tilgung meiner eigenen Geschichte im dominanten Geschichtsbild des Westens, der natürlich auch nicht so monolithisch ist, bin ich auf eine Weise «ostdeutsch» geworden, wie ich es niemals zuvor gewesen bin.

Es gibt, wie dieses Gespräch gezeigt hat, ganz offensichtlich noch einen Nachholbedarf an Kommunikation zwischen Ost und West. Inwieweit könnte man diese Kommunikation im Kontext einer europäischen Identität führen?

TM: Den osteuropäischen Kontext finde ich sehr interessant. Man sieht ja an den Visegrád-Staaten wie Polen, Tschechien, Slowakei oder Ungarn, dass hier ein anderer Weg als in Westeuropa favorisiert wird. Aber die innerdeutschen Identitätsprobleme müssen wir schon selber lösen.

TO: Lech Wałęsa sagte einmal sinngemäß, dass sie damals gedacht hätten, sie machen eine Revolution, aber in Wirklichkeit haben sie nur sechs großen Konzernen die Türen geöffnet. Der Rechtsruck in Europas Osten hat viel mit dieser Enttäuschung zu tun. Unser Zeitalter ist aber inzwischen post-östlich und post-westlich. Deshalb glaube ich an ein Netzwerk wie die EU mehr als an jeden Staat. Die Weltrevolution der radikalen Technologien, wie sie Adam Greenfield beschreibt, achtet nicht auf Nationen, weshalb eben die alten Geister, die Geister der Moderne, nun ihr Heil wieder im Modell der Nation suchen. Das macht die EU aber für viele Menschen auch auf ganz neue Weise wichtig – gerade im Osten Europas.

Thomas Oberender, geboren 1966 in Jena, ist Intendant der Berliner Festspiele.

Tilman Mayer, geboren 1953 in Freiburg im Breisgau, ist Politologe und Hochschullehrer in Bonn.

Alem Grabovac, geboren 1974 in Würzburg, ist freier Autor mit bosnischem und kroatischem Hintergrund. Er schreibt u. a. für die taz, Die Welt und Die Zeit.

Thomas Oberender



«Die Ostdeutschen sind am 9. November 1989 wirklich zu neuen Ufern aufgebrochen. Genauso wie die Osteuropäer. Sie wurden nicht befreit.» (TO)

Eliten in Deutschland: weiß, männlich, bürgerlich – und westdeutsch ...

Arbeiterkinder, Frauen und Personen mit Migrationshintergrund sind in den deutschen Eliten vor allem auf Bundesebene weit unterproportional vertreten. Gleiches gilt für Menschen mit einer ostdeutschen Biografie: Jeder Fünfte müsste eigentlich eine herausgehobene Position innehaben. Der Soziologe Michael Hartmann fordert mehr Vielfalt.

Text: Michael Hartmann

Eliten haben einen entscheidenden Einfluss auf Politik und Gesellschaft, werden aber nur zu einem eher geringen Teil – vor allem in Parteien, Parlamenten und Regierungsämtern – durch demokratische Auswahlprozesse gewählt. Viele Bereiche, in erster Linie Wirtschaft und private Medien, entziehen sich jeder demokratischen Struktur. Das hat eindeutige Folgen für die Zusammensetzung – und damit auch für das Denken und Handeln der Eliten. Daher lohnt es sich, einen genaueren Blick auf die Zusammensetzung, die Einstellungen und die damit verbundenen Konsequenzen zu richten.

Ein sehr deutliches Ungleichgewicht

Die bundesdeutschen Eliten bilden eine ausgesprochen homogene Gruppe. Sie sind ganz überwiegend weiß, männlich, bürgerlicher Herkunft und westdeutsch sozialisiert. Greift man exemplarisch das Merkmal «ostdeutsche Sozialisation» heraus, dann wird dieses Ungleichgewicht sehr deutlich.

Nimmt man die Bevölkerungszahl in den entsprechenden Jahrgängen als Maßstab, müsste eigentlich jede fünfte Elitenposition mit jemand besetzt sein, der in der DDR aufgewachsen ist. Tatsächlich liegt der Anteil ungleich niedriger. Von den über 500 Vorstandsmitgliedern in den 100 größten deutschen Unternehmen kommt gerade einmal ein halbes Dutzend aus der ehemaligen DDR. Vergleichbares zeigt sich bei den beamteten Spitzenpositionen in der Bundesverwaltung (Staatssekretäre, Abteilungsleiter) und an den Bundesgerichten. In der DDR sind nur wenige dieser Elitemitglieder groß geworden. Kaum besser ist es in der ostdeutschen Verwaltung. So sind die leitenden Positionen an den Gerichten in den ostdeutschen Bundesländern zu rund 94 Prozent mit «Westdeutschen» besetzt. Auch in den Spitzenpositionen der Medien stellen Ex-DDR-Bürger/innen eine Rarität dar. Dies ist für die westdeutsche Medienlandschaft weniger verwunderlich, aber auch die ostdeutsche wird weitgehend von «Westlern» bestimmt. Fast alle ostdeutschen Tageszeitungen sind in der Hand großer Konzerne aus dem Westen und werden von Westdeutschen geleitet.

Auffällig ist, dass die Lage im politischen und im öffentlich-rechtlichen Bereich durchweg besser ist. Dies gilt für die beiden öffentlich-rechtlichen Sender (insbesondere den MDR), vor allem aber für die erste Reihe der Politik. Mittlerweile stammen vier der fünf Ministerpräsidenten im Osten aus der früheren DDR. Nur in Thüringen regiert mit Bodo Ramelow ein zu Beginn seiner Karriere westdeutsch

sozialisierter Politiker. Vormalig westdeutsche Biografien finden sich aber immer noch recht häufig in den ostdeutschen Länderkabinetten. Hier stammt von den in der Regel zehn Kabinettsmitgliedern im Durchschnitt ein gutes Drittel aus dem Westen. Sucht man umgekehrt nach Ex-DDR-Bürgerinnen und -Bürgern in den Regierungen der westlichen Bundesländer, so wird man nach wie vor nicht fündig. Johanna Wanka als ehemalige Wissenschaftsministerin in Niedersachsen bleibt eine Einzelerscheinung. Auf Bundesebene sind mit Merkel und Giffey auch nur zwei von 16 Regierungsmitgliedern in der DDR aufgewachsen.

Damit wird deutlich: Arbeiterkinder, Frauen, Personen mit Migrationshintergrund oder Personen mit einer ostdeutschen Biografie sind in den deutschen Eliten vor allem auf Bundesebene weit unterproportional vertreten. Die Pluralität der Gesellschaft spiegelt sich hier in keiner Weise. Gerade die wirtschaftlichen Eliten sind sehr homogen, während es im politischen Kontext etwas besser aussieht. Ursächlich dafür sind unterschiedliche Rekrutierungsmuster. Besonders negativ ist es in den Kreisen, die sich über Kooptation rekrutieren. Da bei einer Kooptation letztlich nach dem Muster der Ähnlichkeit vorgegangen wird, die dort schon sitzenden Elitemitglieder Personen suchen und auswählen, die im Grundsatz so sind wie sie selbst, haben Personen mit ganz anderen Biografien und einem anderen Habitus kaum eine Chance. Am stärksten wirkt dieses Muster in der Wirtschaft, wo nur wenige Personen, manchmal auch mit dem Alleineigentümer sogar nur eine einzige, entscheiden, wer in eine Spitzenposition berufen wird. Ähnlich ist es in den privaten Medien. Am stärksten von diesem Muster weicht die Politik ab. Hier ist es beim innerparteilichen Aufstieg zwar auch wichtig, es wird aber durch die Abhängigkeit von Wahlerfolgen auf der innerparteilichen wie vor allem auf der öffentlichen Ebene immer konterkariert. Dementsprechend ist die politische Elite bezogen auf die Bevölkerung noch am repräsentativsten zusammengesetzt. Eine durchgreifende Veränderung der mangelnden Pluralität ist auch in den jüngeren Alterskohorten nicht zu verzeichnen. Am ehesten gibt es sie wieder in der Politik, wo Frauen und Migranten deutlich stärker vertreten sind als früher. Dafür sind aber Arbeiterkinder gleichzeitig massiv unterrepräsentiert.

Eliten sind von der Gesellschaft entfremdet

Die mangelnde Repräsentativität der Eliten ist nicht nur symbolisch ein gewichtiges Problem, sondern auch inhaltlich. Eliten besetzen einerseits – schon qua Definition – die wichtigen Machtpositionen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft; andererseits weichen sie in ihren Werten und Normen stark von der Bevölkerung ab. Das kann durchaus spürbare Auswirkungen auf wichtige Entscheidungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft haben, und es hat sie auch.

Studien zeigen, dass die Eliten in Deutschland sich in ihren Einstellungen signifikant von der Gesamtgesellschaft unterscheiden. Deutlich wird dies besonders bei sozialpolitischen Fragen wie der Bewertung von sozialer Ungleichheit. Eine umfassende Befragung der Inhaber der 1.000 wichtigsten Machtpositionen in Deutschland hat 2012 ergeben,¹ dass die Eliten soziale Unterschiede als weit aus unproblematischer ansehen als die Bevölkerung insgesamt und Maßnahmen zu ihrer Reduzierung dementsprechend häufiger ablehnen. Diese Differenz hat im Wesentlichen mit der sozialen Rekrutierung der Eliten zu tun, weil soziale Ungleichheit von ihnen als umso gerechtfertigter empfunden wird, je höher die eigene Herkunft ist. Und die Elitemitglieder stammen nun mal zu knapp zwei Dritteln aus den oberen vier Prozent der Bevölkerung, waren also schon vor dem Erlangen ihrer eigenen Elitenpositionen Teil der oberen Bevölkerungsschichten.

Die kurzen Ausführungen verdeutlichen zweierlei: Die bundesdeutschen Eliten spiegeln in keiner Weise die zahlreichen Facetten der Gegenwartsgesellschaft und weisen gerade in sozialen Fragen eine von der Gesamtgesellschaft deutlich abweichende Grundeinstellung auf. Schon aus diesen Gründen wäre eine Pluralisierung der Eliten wünschenswert. So könnten mit der verstärkten Rekrutierung Ostdeutscher für Elitepositionen gleich zwei Dimensionen verändert werden: Zum einen könnte aufgrund der Sozialstruktur der ehemaligen DDR der Anteil von Personen aus der Arbeiterschaft in den Eliten massiv verstärkt werden, und zum anderen würde ihr Blick auf die soziale Lage auch aufgrund der realen Verhältnisse in den ostdeutschen Bundesländern vermutlich kritischer ausfallen. Zwar gibt es keinen mathematisch exakten Zusammenhang zwischen Herkunft und politischer Einstellung der Elitemitglieder, es gibt aber eine hohe Wahrscheinlichkeit. Obwohl soziale Aufsteiger/innen einem erheblichen Anpassungsdruck unterliegen und ihre eigene Lebenssituation sich nach dem Eintritt in die Elitekreise auch weit von der der normalen Bevölkerung entfernt, bleiben sie dennoch deutlich sensibler für

soziale Ungerechtigkeiten, wie die Elitenbefragung von 2012 gezeigt hat. Das hat auch klare politische Konsequenzen. So plädieren nicht nur unter den Spitzenpolitikern, sondern selbst unter den Topmanagern die Arbeiterkinder sehr viel häufiger für höhere Steuern auf hohe Einkommen, Vermögen und Erbschaften als ihre reich aufgewachsenen Pendants. Eine stärkere Vertretung von Ostdeutschen in den Eliten würde außerdem mit großer Wahrscheinlichkeit die Sensibilität gegenüber den dramatischen biografischen Brüchen bei vielen ehemaligen DDR-Bürger/innen und den damit verbundenen Ängsten deutlich verstärken.

Mehr Pluralität einfordern!

Aus all diesen Tatsachen ergibt sich eine klare Schlussfolgerung: Die deutschen Eliten müssen repräsentativer, sprich vielfältiger in Bezug auf ihre soziale und regionale Herkunft sowie ihr Geschlecht werden. Passiert das nicht, wird sich die Entfremdung zwischen den Eliten und großen Teilen der Bevölkerung verstärken. Politisch wäre das gleichbedeutend mit einer weiter wachsenden Wahlenthaltung und einer weiteren Zunahme rechtspopulistischer Strömungen. Beides gilt es zu stoppen.

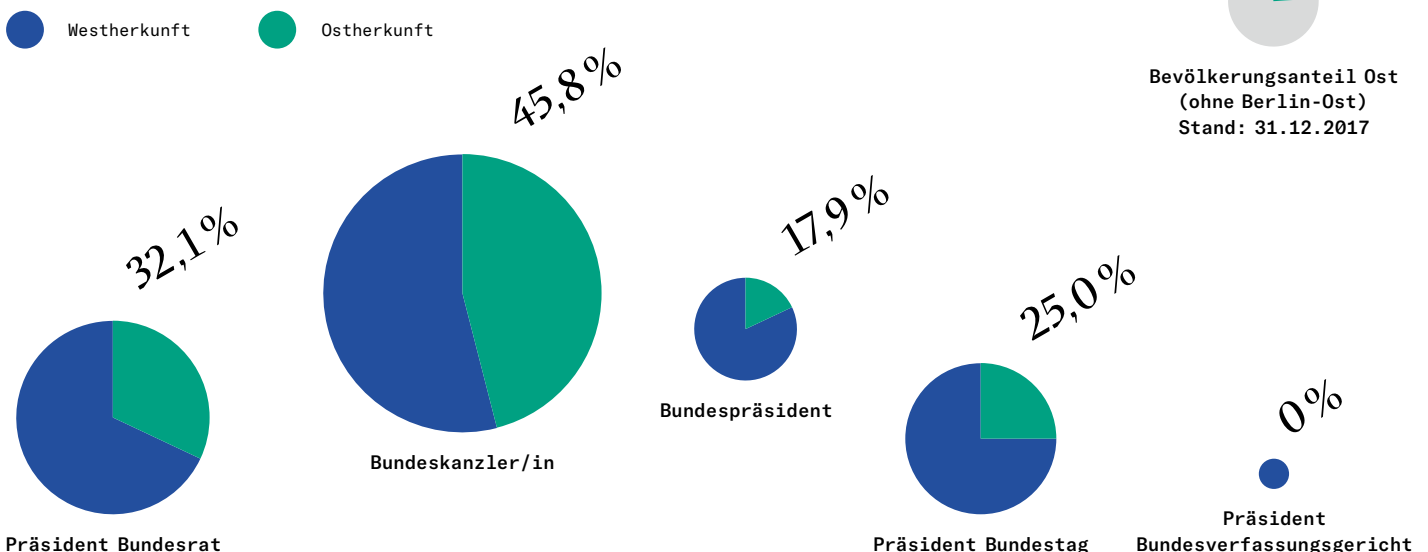
Michael Hartmann wurde 1952 in Paderborn geboren und war bis 2014 Professor für Soziologie an der Technischen Universität Darmstadt. Zuletzt erschienen: «Die Abgehobenen. Wie Eliten die Demokratie gefährden» im Campus Verlag (2018).

¹ Hartmann, Michael: «Soziale Ungleichheit – Kein Thema für die Eliten?» im Campus Verlag (2013).

Ostdeutsche in politischen Spitzenämtern

Anteile an Amtszeiten nach Ost- bzw. Westherkunft des Amtsinhabers/der Amtsinhaberin (in Monaten, gerundet; Oktober 1990 – September 2018); Angaben in Prozent, gerundet.

Quelle: Statistisches Bundesamt sowie eigene Recherche / Berechnung.



Ein Gespräch über Ostdeutschland, Vorurteile und grüne Geschichte, die erzählt werden muss.

«Es geht darum, die nächsten Jahrzehnte schlauer zu gestalten, als das nach der Friedlichen Revolution geschehen ist.»

Interview: Sophie Herwig

Herr Kellner, im Osten stehen die Landtagswahlen vor der Tür. Wie können die Bundesgrünen beistehen?

Wir sollten uns beispielsweise alle vornehmen, unsere grüne Geschichte öfter zu erzählen. Wir sind die einzige Partei, die aus einer gleichberechtigten Fusion aus Ost und West hervorgegangen ist nach der Friedlichen Revolution. Bis heute tragen wir das Bündnis 90 im Namen. Diese Geschichte haben wir zu selten erzählt. Ein Fehler! Was wir in der Vergangenheit versäumt haben, trägt dazu bei, dass Grüne heute oft als westdeutsche Partei erscheinen.

... mit welchen Folgen?

Das ist ärgerlich und falsch. Und das stimmt auch nicht. Keine andere Partei hat so viele Menschen aus Ostdeutschland an der Spitze. 30 Jahre nach der Revolution müssen wir erkennen, dass alles weitestgehend in westdeutscher Hand ist – in der Wissenschaft, der Justiz, der Verwaltung. Umso bemerkenswerter sind die vielen Ostdeutschen in Führungspositionen in meiner Partei.

Was können die westdeutschen Grünen von den Erfahrungen der ostdeutschen Grünen lernen?

Wir leben in Zeiten, in denen Digitalisierung und Automatisierung unser Leben total verändern. Ostdeutsche haben eine massive Veränderung nach '89 erlebt, ganz real und analog. Dadurch haben sie Erfahrungen gesammelt, die guten wie die schlechten.

Es geht in den nächsten Jahrzehnten darum, den Wandel in der Arbeitswelt schlauer zu gestalten, als das nach 1989 geschehen ist.

Wie würden Sie das Verhältnis zwischen Ost- und Westgrünen beschreiben? Spielen da manchmal auch Stereotype eine Rolle?

Es gibt Stereotype, auch bei uns. Wir können auch leidenschaftlich über die Frage von Heimat streiten. Wir sind aber alle aus einem Grund in der Partei: da wir eine ökologischere sozialere Alternative in der Politik suchen. Wir sehen in Thüringen und Sachsen eine wahnsinnig erstarkte AfD und zugleich eine CDU, die nach rechts überkippt. Da erfüllt es mich mit besonderem Respekt, wenn ich sehe, wie die Bündnisgrünen in der Altmark oder in Chemnitz den Mut und die Kraft haben, sich rechtsextremen Tendenzen entgegenzustellen. Aber das Image und die Wahrnehmung von Ostdeutschen als «rechtsextreme Dumpfbacken» – wobei die meisten Wähler/innen der AfD im Westen leben – machen es den Menschen in Ostdeutschland, die für den «anderen Osten» kämpfen, einfach schwer. Dabei sind die Sorgen in Ostdeutschland größer, auch weil das Vermögen und damit die Absicherung viel geringer sind. Folglich ist auch der Blick in die Zukunft im Osten deutlich negativer als im Westen. Deswegen sind auch soziale Fragen noch relevanter in Ostdeutschland.



Inwiefern könnte eine Erzählung der «grünen Geschichte» den Umgang auch innerhalb der Partei verbessern?

Unsere grüne, unsere ost-westdeutsche Geschichte zu erzählen kann nach innen wie nach außen helfen. Eine gemeinsame Erzählung sorgt für freie Sicht auf unsere Wurzeln und hilft uns, eine gemeinsame Geschichte für die Zukunft zu erzählen. Gerade diejenigen, die noch nicht so lange in der Partei sind, können durch eine stärkere Erzählung unserer gemeinsamen Geschichte mitbekommen, welche harte Aufbauarbeit in dieser Partei geleistet wurde und welche politischen Gemeinsamkeiten es damals gab, die bis heute fortwirken. Sie kann auch den Blick dafür öffnen, dass das pauschale Urteil: Alle Ostdeutschen sind Nazis oder das Gerede von Dunkeldeutschland nicht den progressiven Kräften im Osten hilft, sondern nur Pegida, AfD und Co.

Michael Kellner, Jahrgang 1977, ist geboren und aufgewachsen in Gera, Thüringen. Seit 1997 ist er Mitglied bei Bündnis 90/Die Grünen und seit 2013 politischer Bundesgeschäftsführer der Grünen.

Sophie Herwig, Jahrgang 1992, kommt aus Ostsachsen, hat Medienmanagement an der Hochschule Mittweida studiert und lebt und arbeitet als freie Journalistin in Zittau.

«Bis heute tragen wir das Bündnis 90 im Namen. Diese Geschichte haben wir zu selten erzählt. Ein Fehler!»

Meine Leute, deine Leute

Ist eine Demokratie nur dann wirklich gelungen, wenn alle gesellschaftlichen Gruppen im Parlament vertreten sind? Die Anhängerinnen und Anhänger «deskriptiver Repräsentation» sehen das so.

Doch der Parlamentarismus ist besser beraten, wenn er sein Handeln in den Vordergrund stellt und nicht nur seine Zusammensetzung.

Essay: Suzanne S. Schüttemeyer

Parlamente sind das Herzstück demokratischer politischer Systeme. Sie sollen «das Volk» – besser: alle Bürgerinnen und Bürger – repräsentieren und allgemeinverbindliche Entscheidungen treffen. Dies tun sie nicht als «trauriger Ersatz für die echte» (R. Dahl) – soll heißen: die direkte – Demokratie, sondern weil demokratische Repräsentation einen eigenen Wert besitzt. Dies gilt heute mehr denn je. Noch vor wenigen Jahrzehnten existierten stabile Konfliktlinien zwischen kirchlich-religiös und sozioökonomisch geprägten gesellschaftlichen Großgruppen, die von den entsprechenden Parteien durch hinreichende Kompromissbereitschaft und Orientierung am Gemeinwohl in das politische System integriert wurden. Inzwischen ist der Einzelne aber Träger einer Vielzahl von Interessen, die sich zudem im Zeitverlauf ändern, unterschiedliche Priorität haben und nicht immer widerspruchsfrei und miteinander vereinbar sind. Daraus resultieren wechselnde politische Verhaltensweisen und Präferenzen – und deshalb ist demokratische Repräsentation heute so viel schwieriger geworden.

Angesichts der Unsicherheiten, die diese pluralisierte und individualisierte (zudem verflochtene und globalisierte) Gesellschaft mit sich bringt, liegt es nahe, dass der oder die Einzelne sich politisch am liebsten von Mitgliedern der eigenen Gruppe vertreten lässt. Die Vorstellung, dass sich die soziale Zusammensetzung der Bevölkerung im Parlament widerspiegelt, ist Kern deskriptiver Repräsentationstheorien. Schon früh in der Entwicklung demokratischer Parlamente wurde behauptet, sie seien nur dann «wahrhaft repräsentativ» (J. Adams), wenn alle Gruppen im Verhältnis ihrer Stärke dort vertreten seien. Dies wirft sofort die gar nicht triviale Frage auf: Was ist eine solche Gruppe? Sind es Arbeitnehmer/innen und Arbeitgeber/innen? Protestanten und Katholiken? Männer und Frauen? Junge und Alte? Diese Liste ließe sich immer weiter fortsetzen, je genauer und detaillierter man die soziale Vielfalt der Gesellschaft erfassen will. Wer aber sollte in der politischen Wirklichkeit entscheiden, welche Gruppen im Parlament zu spiegeln wären und welche nicht, welches Interesse also «repräsentationswürdig» wäre und welches nicht?

Die Menschen werden, wie gezeigt, heute weniger denn je von einem einzigen Interesse geleitet. Ein Beispiel: Eine alleinerziehende, kirchengebundene Mutter, die freiberuflich tätig ist, sich um die Qualität der Umwelt für die nächste Generation sorgt wie um ihre eigene Rente – welches ist ihre Gruppe, von wem sähe sie sich am liebsten bei politischen Entscheidungen vertreten?

Soziale Repräsentativität im Parlament täte also nicht der gesellschaftlichen Vielfalt und individuellen Freiheit Genüge und wäre nur um den Preis völlig unangemessener Vereinfachung zu

erreichen. In einem so nach deskriptivem Repräsentationsverständnis zusammengesetzten Parlament müssten die Abgeordneten folgerichtig als Sendboten ihrer jeweiligen Gruppe fungieren, hätten schwerlich das Mandat, von deren Interessen abzuweichen. Der Abgleich dieser Interessen, die Herstellung von Gemeinwohl in einem parlamentarisch-gesellschaftlichen Diskurs würden erheblich schwieriger, da die Repräsentantinnen und Repräsentanten nicht mit einem generalisierten Führungsvertrauen ausgestattet wären.

Daher sollte nicht die Zusammensetzung des Parlaments, sondern sein Handeln ins Zentrum gestellt werden. Dies bedeutet nicht, dass die Sichtbarkeit von Gruppenvertreter/innen im Parlament entbehrlich ist. Ohne Zweifel hat zum Beispiel die Anwesenheit von weiblichen Abgeordneten im Deutschen Bundestag eine Signalwirkung und vermag das Vertrauen in die Institution und das Gefühl, richtig repräsentiert zu sein, zu stärken. Nicht zuletzt deshalb sind Parteien gut beraten, sich um Mitglieder aus allen sozialen Schichten und verschiedener Herkunft – sei es ethnisch oder geschlechtsspezifisch, kulturell, religiös oder territorial – zu bemühen und ihnen vielfältige Möglichkeiten der Partizipation bis hin zu Kandidaturen für Mandate auf allen Ebenen zu bieten. Wählerinnen und Wähler schätzen es, «ihre Leute» in den Parlamenten zu sehen. Umfragen belegen aber auch immer wieder, dass die große Mehrheit nicht auf die sozialen Merkmale eines Abgeordneten schaut, sondern auf die Ergebnisse seines politischen Handelns.

Daher kommt es darauf an, dass, erstens, die Abgeordneten mit den Lebensbedingungen, den Interessen und Meinungen der Bürgerinnen und Bürger vertraut sind; dies kann, muss sich jedoch nicht auf die eigene (soziale oder territoriale) Herkunft gründen, ist aber durch Responsivität und Kommunikation ebenso wie durch politische Führung ständig zu aktualisieren. Zweitens müssen die Parlamentarier/innen Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen im politisch-parlamentarischen Betrieb mitbringen, damit sie durch Konflikt, Verhandeln und Kompromiss Probleme lösen und gemeinwohlorientierte Entscheidungen treffen können. Dafür sind sie den Repräsentierten gegenüber rechenschaftspflichtig und abwählbar.

So verstandene und praktizierte parlamentarische Repräsentation ist die sicherste Methode, Vertrauen in die Demokratie zu stärken.

Suzanne S. Schüttemeyer, geboren 1953 in Hamburg, ist Politikwissenschaftlerin. Sie ist Gründungsdirektorin des Instituts für Parlamentarismusforschung und Chefredakteurin der Zeitschrift für Parlamentsfragen.

Text: Sebastian Bukow

Regionales Wahlverhalten und die Wahl der AfD

Neue Zonen – Ost vs. West?

«Der Osten wählt anders» – so war es im Sommer in der FAZ zu lesen. Allerdings: im Sommer 2005. Doch auch 2018 geht die Debatte um die innerdeutsche Wahl-Teilung weiter. Doch wählen «die Ostdeutschen» anders, weil sie Ostdeutsche sind? So gängig diese Schlussfolgerung ist, so verkürzt ist sie. Zum einen kann von Merkmalen einer regionalen Gesamtheit nicht eins zu eins auf individuelle Verhaltensweisen geschlossen werden, dies birgt die Gefahr von Fehlschlüssen. Zum anderen sind regionale Unterschiede zwischen bzw. innerhalb der Länder oft größer: 2017 erzielte die SPD in Bayern und Sachsen-Anhalt rund 15, in Niedersachsen gut 27 Prozent. Die Ost-West-Differenz von 8 Punkten ist demgegenüber geringer. Auch der Wahlkreisvergleich zeigt, bspw. für die AfD in NRW, mit Zweitstimmenanteilen von 5 bis 17 Prozent eine enorme Varianz. Doch wie kommt es zu diesen Unterschieden?

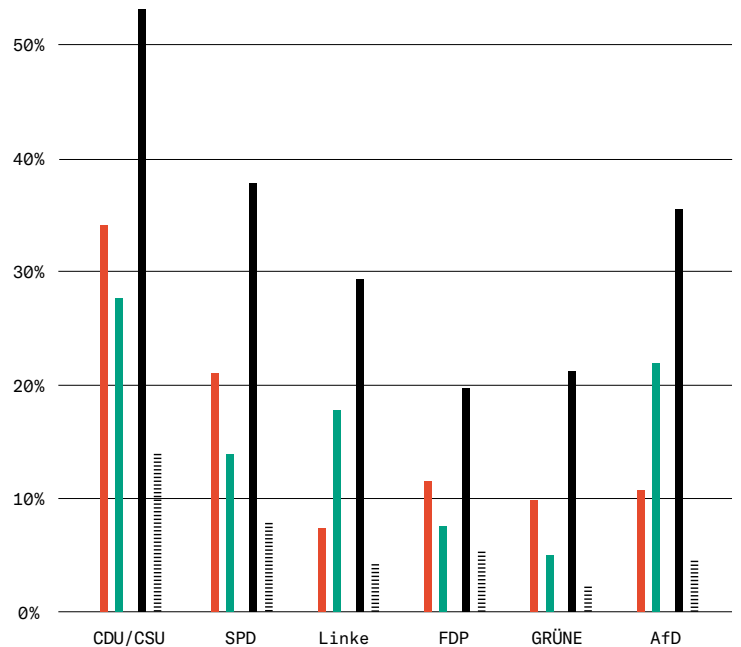
Regionale Unterschiede hängen u. a. davon ab, welches Angebot zur Wahl steht. Zwar treten in vertikal integrierten deutschen Parteiensystem alle sechs Bundestagsparteien in allen Bundesländern an (Sonderfall: CDU/CSU), dennoch bestehen historisch bedingt Ost-West-Unterschiede. Im Osten war der Bruch durch die NS- und SED-Regime so nachhaltig, dass alte Traditionslinien unterbrochen sind. Zudem prägte mit der PDS von Beginn an eine Regionalpartei den Wettbewerb. Die im Westen über Jahrzehnte gewachsenen Parteien konnten im Osten nie in gleicher Weise Fuß fassen, weder elektoral noch gesellschaftlich. Grundbedingungen, Parteitraditionen und Wählerbindungen sind in Ost bzw. West stark unterschiedlich. Ebenfalls zu berücksichtigen sind sozialstrukturelle Aspekte, wenn regionale Unterschiede betrachtet werden sollen. Parteien haben in spezifischen Milieus einen stärkeren Rückhalt als in anderen. Diese Kernmilieus sind regional unterschiedlich stark.

Wer wählt die AfD nach ihrer Neuausrichtung?

Um jedoch Fehlschlüsse zu vermeiden, sind multivariate Analysen auf Individualebene geboten, die die Wahlentscheidung unter Berücksichtigung von Kontext- und Individualfaktoren untersuchen. Dies erlaubt eine Antwort auf die Frage, wer warum welche Partei wählt und ob «ost» eine Rolle spielt, etwa für die AfD-Wahl. Diese Antwort ist dabei nur vorläufig, denn: In den wenigen Jahren ihrer Existenz hat sich die AfD personell und programmatisch stark verändert und dementsprechend auch ihre Kernmilieus, wie die Daten

der Deutschen Wahlstudie GLES im Zeitverlauf zeigen. Die Neuausrichtung der AfD im Spätsommer 2015 ist entscheidend für deren aktuelles Profil. Wer wählt nach dieser Neuausrichtung die AfD? Wie in allen Parteien ist die Wählerschaft divers. «Die AfD-Wählerinnen und -Wähler» gibt es ebensowenig wie «die Ostdeutschen»: Identitäre Zuspitzungen ignorieren die Pluralität der Realität. Es gibt aber Einstellungsmerkmale, die stärker verbreitet sind. AfD-Wähler/innen stehen zunehmend häufig der Demokratie und den etablierten Akteurinnen und Akteuren skeptisch gegenüber. Sie fühlen sich benachteiligt, auch wenn sie selbst ökonomisch nicht übermäßig schlecht dastehen, und sind überdurchschnittlich pessimistisch. Grosso modo bildet die AfD-Wählerschaft so trotz jüngster Homogenisierungstendenz einen Bevölkerungsquerschnitt ab, mit leichter Überrepräsentanz der unteren Einkommensmitte und der Arbeiterschaft – Letztere blickt auch häufig mit Sorge auf den ökonomischen Strukturwandel. AfD-Wähler/innen sind zunehmend migrationsfeindlich und verorten sich immer weiter rechts. Mit der neueren Selbstbeschreibung als (Protest-)Partei der vernachlässigten Mittelschicht geht eine gestiegene Attraktivität der AfD in Ostdeutschland einher, wobei multivariate Analysen verdeutlichen: Nicht der Faktor «ost», sondern Demokratie- und Parteienunzufriedenheit, Migrations- und EU-Integrationskepsis sowie neuerdings die Ablehnung Merkels sind signifikante Einflussfaktoren für die AfD-Wahl. Daher ist die AfD nicht nur im Osten, sondern auch in den prosperierenden süddeutschen Industriestädten oder den vom Strukturwandel betroffenen Regionen NRWs erfolgreich. Die AfD knüpft teilweise an frühere rechte Wahltraditionen an, ihre populistische Demokratiekonzeption findet aber breiteren Widerhall. Kurzum: Es sind viele, regional differente Faktoren, die die AfD-Wahl erklären.

Sebastian Bukow, geboren 1977 in Heidelberg, ist Referent für Politik- und Parteienforschung der Heinrich-Böll-Stiftung. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Parteien, Parlamente und Repräsentation im deutschen Mehrebenensystem.



Rekrutierungsfähigkeit* der Parteien

Bis heute sind die ehemaligen West-Parteien im Osten, die Ost-Partei Die Linke im Westen weit weniger verankert. Einzig die AfD hat als Neugründung vergleichsweise homogen ihre Mitglieder im Osten wie Westen. Allerdings bestehen zum Teil große Unterschiede zwischen einzelnen Bundesländern.

*Rekrutierungsfähigkeit = Parteimitglieder in Prozent der Parteiberechtigten im jeweiligen Bundesland; Westdeutschland inkl. Berlin, Linke: ohne Berlin. Stand 31.12.2016. Quelle: Niedermayer, Oskar: Parteimitglieder in Deutschland: Version 2018. Arbeitshefte a. d. Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 29, FU Berlin 2018.

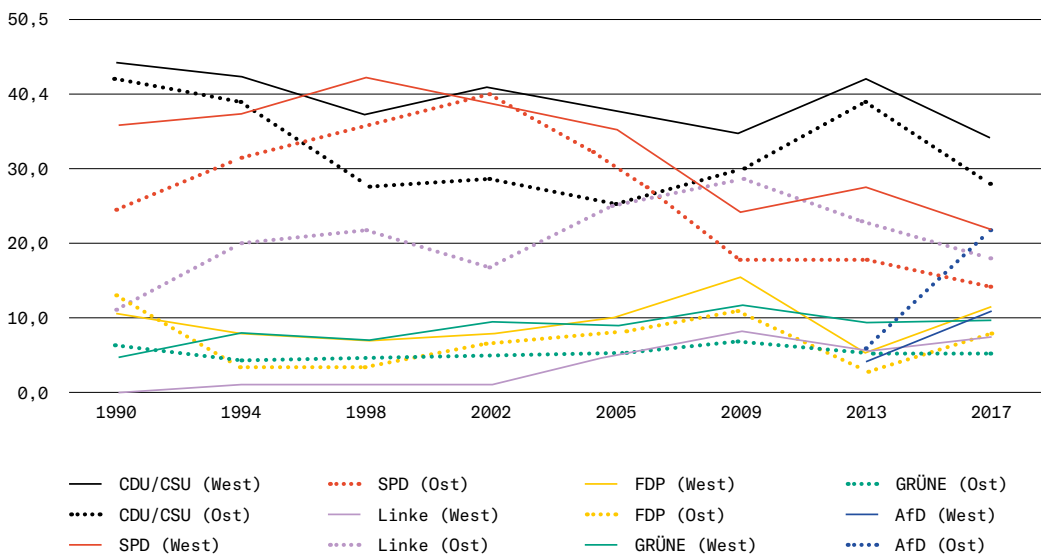
● Westdeutschland ● Ostdeutschland

Bundestagswahl 2017: Zweitstimmenanteile im Vergleich

Bei der Bundestagswahl 2017 unterscheiden sich die Zweitstimmenanteile im Ost-West-Vergleich, deutlich größer ist jedoch die Varianz zwischen den einzelnen Wahlkreisen. Dargestellt sind die Mittelwerte für das westdeutsche (inkl. Berlin-West) und ostdeutsche (inkl. Berlin-Ost) Wahlgebiet sowie die höchsten bzw. niedrigsten Wahlkreis-Anteile.

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen.

● Mittelwert (West) ● höchster Wahlkreis-Anteil
 ● Mittelwert (Ost) ▨ niedrigster Wahlkreis-Anteil



Zweitstimmenanteile bei den Bundestagswahlen im Ost-West-Vergleich 1990-2017

Abgebildet sind die Zweitstimmenanteile im Ost-West-Vergleich bei den Bundestagswahlen seit 1990. Auffällig sind die insgesamt recht ähnlichen Verläufe bei im Mittel unterschiedlichen Niveaus. Nicht zu erkennen sind die beträchtlichen Unterschiede zwischen einzelnen Bundesländern bzw. Wahlkreisen innerhalb der Länder.

Quelle: Bundeswahlleiter.

«Wir müssen anknüpfen an '89»

In Bremen und Sachsen stehen 2019 Landtagswahlen an. Während die grüne Spitzenkandidatin Maïke Schaefer in Bremen darum kämpft, nach elf Jahren Rot-Grün weiter zu regieren, versucht die sächsische Landesvorsitzende Christin Melcher die AfD zurückzudrängen.

Interview: Susanne Sporrer

Frau Melcher, Frau Schaefer, was unterscheidet den Wahlkampf in Sachsen von dem in Bremen?

Christin Melcher (CM): Es ist etwas ganz anderes, Wahlkampf aus der Opposition heraus zu machen – vor allem, wenn eine Regierung aus AfD und CDU droht. Und: Die Fläche – in Sachsen sitze ich von einem Wahlkampftermin zum anderen vier Stunden im Zug. Auch bei den Mitgliedern gibt es enorme Unterschiede. Auf dem Land gibt es Grüne, die seit 25 Jahren Wahlkampf machen, die sind ausgelaugt und fragen, ob sie nicht die Plakate von 2014 nochmal aufhängen können. In den Großstädten hingegen erwarten die 25-Jährigen digitale Wahlkampftools.

Maïke Schaefer (MS): Wir in Bremen sind sowohl ein Kommunalparlament als auch ein Landtag. Deshalb geht es den Leuten im Wahlkampf auch um ganz Konkretes – ob nun die Bäume auf dem Deich gefällt werden oder die Schule in der Nachbarschaft zur Ganztagschule wird. Unser Wahlkampf ist auch anders, weil die Wege so kurz sind und man täglich an verschiedensten Orten sein kann. Man ist nah bei den Leuten, in Bremen kennt jeder jeden, ganz anders als in einem Flächenland.

Was sind die wichtigsten Themen vor der Wahl?

CM: Noch ist unser Wahlprogramm nicht fertig, aber die drei großen Säulen stehen schon: Umweltpolitik/Nach-

haltigkeit, Gerechtigkeit, Demokratie/Freiheitsrechte. Dass das Themen in Sachsen sind, ist bekannt. Wir wollen im Wahlkampf anknüpfen an die Bewegung von 1989, die ja auch gesagt hat «wir holen uns unseren Staat zurück» und aufgestanden ist, um auf Umweltprobleme aufmerksam zu machen.

MS: Bei uns steht das Thema Bildung ganz weit oben. Wir wollen noch mehr Ganztagschulen, vor allem aber bessere Qualität und pädagogische Konzepte. Ein weiteres Thema ist die Bekämpfung der Armut; in Bremerhaven ist der Anteil von Kindern, die in Armut aufwachsen, so hoch wie kaum irgendwo anders in Deutschland. Der dritte Themenkomplex ist der Klima- und Umweltschutz, da gehts uns ganz konkret um den Kohleausstieg bis 2025.

CM: Der Kohleausstieg ist bei uns auch ein riesiges Thema, allerdings mit einem anderen Ansatz. Natürlich haben wir auch den Klimaschutz im Fokus, aber in der Ansprache der Wählerinnen und Wähler in der Lausitz oder im Leipziger Südraum geht es darum, den Strukturwandel einzuläutern und Arbeitsplätze zu sichern.

MS: Bei uns hat die Industrie erkannt, dass Investitionen in den Klimaschutz Arbeitsplätze erhalten und einen Standortvorteil bedeuten. Die Stahlwerke gehören wegen ihrer Klimaschutzmaßnahmen zu den modernsten in Europa und müssen deswegen nicht schließen.

CM: Da muss ich im Osten noch dickere Bretter bohren, dass Klimaschutz auch als Chance begriffen wird.

Sehen Sie eher Verbindendes oder Trennendes?

CM: Bei uns in Sachsen müssen wir differenzieren zwischen Großstädten und ländlichem Raum. Leipzig hat ähnliche Probleme wie Bremen oder Berlin: Mieten, Lehrermangel und miserable Betreuungsquoten in den Kitas. Auf dem Land gehts aber erstmal nicht um Ganztagschulen oder die

Qualität, sondern darum, dass die Schulen erhalten bleiben.

MS: Wenn ich uns beide reden höre, dann, glaube ich, ist der Unterschied zwischen einem Stadtstaat und einem Flächenland der gravierende. Wobei wir auch einen deutlichen Unterschied haben zwischen Bremen, der sechstgrößten Industriestadt, und dem strukturschwachen Bremerhaven.

Und der zwischen Ost- und Westdeutschland?

MS: Das Thema Rechtsextremismus hat im Osten einen ganz anderen Stellenwert. Mit nur einem AfD-Abgeordneten im Landtag ist das bei uns bisher Zucker gewesen.



(MS)

CM: Die AfD wurde bei uns bei der Bundestagswahl mit 27 Prozent stärkste Kraft. 29 Jahre nach dem Mauerfall haben viele Leute das Gefühl, dass es in der Politik nur um den Machterhalt geht und nicht um die Menschen. Auf dem Land erleben sie gleichzeitig, dass die Bahn nicht mehr fährt, die Kinder wegziehen und das nächste Amt nicht mehr fünf, sondern 50 Kilometer entfernt liegt.

Was wollen Sie dagegen tun?

CM: Wir müssen die ländlichen Regionen stärken. Beispiel Zittau/Görlitz: Wenn wir die Hochschule dort aufwerten zur Universität, haben wir eine ganz andere regionale Wirtschaftskraft, das wirkt sich auf die ganze Region positiv aus. Und wir wollen ein positives Bild von Integration vermitteln. Ich habe gerade auf dem Land viele positive Beispiele erlebt: vom Fußballverein, der wieder spielen kann, weil Flüchtlinge mitmachen. Oder vom Lokal, das wieder einen Koch gefunden hat – diesmal eben einen Syrer statt jemandem aus dem Erzgebirge. Diese Geschichten wollen wir erzählen.

Susanne Sporrer, geboren 1973 in Mühlendorf am Inn, arbeitet als freie Journalistin in Berlin.



(CM)



Was machst du hier?

Ja, es gibt Probleme im Osten, und viele junge Leute ziehen weg. Andere aber bleiben – oder ziehen hin, um ihr Glück zu finden. Wir haben sieben von ihnen gefragt, warum es dort, wo sie sind, besser ist als anderswo.

Max Reschke (Apolda/Jena)

Bei meiner Ausbildung als Imker war ich mal im Kreis Hörter, da habe ich mich unwohl gefühlt. Meine Heimat ist das Thüringer Land, ich kann hier nicht weg – ich kenne die Leute, das Land, die Natur. Hier ist es am schönsten. In Jena habe ich meinen Zweitwohnsitz und ein Stück Stadt gefunden. Aber auch dort läuft man 15 Minuten und ist im Grünen. Und nach einer Weile kennt man sein Viertel, die Menschen dort. Ich mag die Anonymität der Großstadt nicht.

Ich habe das Gefühl, dass es hier jungen Menschen, die innovativ sind und etwas gründen wollen, nicht leicht gemacht wird. Der Fokus liegt darauf, große Wirtschaftsunternehmen ins Land zu holen. Und natürlich haben wir hier ein Problem mit Fremdenfeindlichkeit. Viele kommen nicht raus aus ihrer Kleinstadt, ihnen fehlt der Weitblick. Und auch die Schule hilft da wenig. Die Lehrer versuchen neutral zu sein, aber wo soll die politische Bildung denn herkommen? Politische Meinungsbildung in der Schule ist ein Muss. Gerade hier haben wir mit Buchenwald ja ein wichtiges Mahnmal, aber letztlich ist es für viele doch nur ein Turm, der da steht.

Max Reschke, 23, ist Bioland-Imker im thüringischen Apolda, wo er auch geboren wurde. Seit er 12 ist, imkert er, mittlerweile als Nebenerwerb. In Jena studiert er Wirtschaftswissenschaften. Er engagiert sich bei der Grünen Jugend für Umweltschutz und gegen Rechtsextremismus.





Henriette Schubert-Zunker (Erfurt)

Meinen Studiengang gibt es nicht an vielen Unis, da kam mir Erfurt sinnvoll vor. Ich hatte mir die Stadt vorher ein paar Tage angesehen und habe mich hier gleich wohl gefühlt. Erfurt ist überschaubar, hat eine schöne Altstadt, und die Leute sind sehr offen. Das Studentische, das Alternative muss man hier nicht suchen, wie es etwa in Frankfurt am Main der Fall ist. Bevor ich nach Erfurt kam, habe ich mich allerdings nicht als Wessi gefühlt, man beschäftigt sich erst damit, wenn es einem selbst zugeschrieben wird. Vor allem in Gesprächen mit Erwachsenen ist das schon noch Thema.

Wenn ich mit den Jugendlichen hier arbeite, merke ich kaum einen Unterschied. Sie interessieren sich für die Themen, die auch mir wichtig waren, als ich jung war. Mobilität ist ihnen wichtig, Umgang mit Mobbing und Diskriminierung. Und Internet. Wir kommen manchmal in Schulen, die noch nie Internet gesehen haben. Diese Barcamps, eine Art offener Workshop, bei dem die Jugendlichen die Themen selbst bestimmen, laufen ja vor allem online. Zuletzt war ich in Schweina, da hatte uns die örtliche Jugendkunstschule eingeladen, weil dort gerade ein AfD-Büro eröffnet hatte und sie was dagegenhalten wollten. Unsere Themen waren dann Demokratie und Meinungsfreiheit. Da merke ich schon, dass es Sinn macht, was ich da mache.

Henriette Schubert-Zunker, 25, ist in Offenbach groß geworden, studiert seit zwei Jahren in Erfurt Staatswissenschaften und arbeitet nebenberuflich für das Demokratieprojekt «Vorsicht Demokratie». Dort organisiert sie Barcamps für Jugendliche.

Rosa Koppelman (Leipzig)

Ich komme aus Flensburg, wollte aber unbedingt in Leipzig studieren. Mein großer Bruder lebte hier, und als ich ihn besuchte, habe ich mich in die Stadt verliebt. Leipzig ist lebendig, kreativ, es gibt ständig Fortschritt. Wir hatten schon immer gesagt: Wenn wir gründen, dann hier. Denn nicht nur der Spirit ist groß, die Lebenshaltungskosten sind gering, ich muss eben keine 800 Euro Miete zahlen. Mittlerweile ist selbst meine Mutter von der Ostsee hierher gezogen. Und für Gründer ist die Stadt ohnehin ideal, auch weil es viele Möglichkeiten gibt, sich zu vernetzen.

Inzwischen haben wir eine dreieinhalbjährige Tochter, aber noch immer keinen Kindergartenplatz. Das ist ärgerlich. Wir wollten mit einer Eltern-Initiative selbst einen gründen, aber nach fünf Jahren Kampf sind wir gescheitert. Vielleicht müssen wir deshalb bald wegziehen. Und klar, das Thema Rechtsextremismus ist ein Thema. Wenn ich neue Leute kennenlerne, frage ich mich ständig, welche Gesinnung sie haben. Das Gefühl hatte ich früher im Westen nie. Und jetzt habe ich Angst, dass mein Gegenüber vielleicht AfD wählt. Diese Unsicherheit nervt, und man merkt sie in der Stadt.

Rosa Koppelman, 30, ist Unternehmerin in Leipzig. 2016 hat sie mit ihrem Mann Whole Food Box gegründet. Ihren Kunden schickt sie monatlich eine Überraschungsbox mit vollwertigen pflanzlichen Produkten als «Inspirationsquelle» für eine gesündere Ernährung.





Tobias Steenweg (Magdeburg)

Ich komme eigentlich aus Göttingen, aber mich hat es gereizt, fürs Studium der Wirtschaftsinformatik in den Osten zu gehen, das Unbekannte hat mich schon immer gereizt. Und die Stadt hat mir gefallen. Die Idee zu UniNow kam schon im Studium auf, es war ein Uniprojekt, das wir dann ausgegründet haben. Hier gibt es viele Mittel für den Strukturaufbau Ost. Das Land hat in unsere Firma investiert, zum Glück, denn die Erkenntnis, dass man nicht nur in Großunternehmen investiert, hat sich erst in den vergangenen fünf Jahren durchgesetzt. Insofern ist Magdeburg ein guter Standort für Start-ups, aber natürlich anders als Berlin oder München. Es gibt hier weniger qualifiziertes Fachpersonal, viele wandern nach dem Studium ab. Aber dafür gibt es auch weniger Konkurrenz. Die, die hier bleiben, wechseln nicht so schnell die Jobs. Wir sind gewissermaßen ein großer Fisch in einem kleinen Teich. Ich bereue den Schritt der Gründung jedenfalls nicht, es haben sich im Nachhinein viele Vorteile aufgezeigt, mit denen ich nicht gerechnet habe.

Tobias Steenweg, 29, ist Unternehmer aus Magdeburg. Er hat nach dem Studium gemeinsam mit Stefan Wegener UniNow gegründet, eine App, die den Hochschulalltag digitalisieren soll. Er beschäftigt 25 Mitarbeiter/innen, über eine Million Euro wurden bereits in UniNow investiert.

Georg Lesser (Leutenberg)

Thüringen ist das grüne Herz Deutschlands, warum soll ich da weg? Wir sind zwar die einzigen jungen Leute hier im Ort, aber allein in diesem Sommer kamen 100 junge Menschen aus aller Welt und haben bei uns mitgeholfen gegen Kost und Logis. Das, was andere in der Großstadt suchen, Kontakt zu netten Menschen, interkulturellen Austausch, haben wir also auch bei uns. Außerdem sind die Grundstückspreise günstig, für uns ist das eine gute Grundlage, weil wir ja Land kaufen und es dem Naturschutz zufügen wollen. Leicht war es nicht, hier etwas zu gründen. Es gibt zwar genug Fördermittel, aber es ist schwer, da ranzukommen, weil man es kaum schafft, den bürokratischen Wahnsinn zu überstehen. Da sollte der Staat jungen Gründerinnen und Gründern helfen. Was uns außerdem fehlt, sind Lebensmittelläden, die Bioprodukte anbieten. Dass wir bei uns auf dem Hof in dem kleinen Ortsteil von Leutenberg keinen Handyempfang haben, stört uns dagegen gar nicht. Wir sind froh, dass wir dort mal abschalten können.

Georg Lesser, 28, hat im thüringischen Leutenberg das gemeinnützige Naturschutzprojekt «Save Nature Group» gegründet. Er kümmert sich um regionale und internationale Naturschutzprojekte, bewirtschaftet sechs Hektar mit Obstbäumen, verkauft Saft und unterrichtet an Schulen.

Jessica Züchner (Görlitz)

Ich komme aus Hoyerswerda und war dort schon im soziokulturellen Zentrum aktiv. Ich wollte Kulturmanagement studieren und habe mich schnell entschieden, dafür nach Görlitz zu gehen. Mir war klar, dass ich in der Region, in Ostsachsen, bleiben will. Hier werden Leute, die sich engagieren, die auf politischer Ebene was machen wollen, dringend gebraucht. Ich verspüre da eine Art Pflichtgefühl. Wenn hier alle jungen Leute weggehen würden, ginge alles zugrunde. Görlitz ist außerdem eine wunderbare Stadt fürs Studium und auch für später. Es gibt traumhafte Wohnverhältnisse, Polen und Tschechien sind nah. Es ist ein super Ort, um eine Familie zu gründen. Auch wenn die Einkommensunterschiede zum Westen schon deutlich sind.

Unser Verein versteht sich auch als Plattform für Projekte, die sich am Stadtgeschehen beteiligen. Es gibt Workshops, Kreativwerkstätten, einen Stadtteilgarten. Wir sind generationsübergreifend, machen Quartiersmanagement. Und bald gibt es das neue Jugendzentrum. Uns ist wichtig, dass die Leute, die hier wohnen, selbst aktiv werden. Dass wir sie ermutigen, selbst was zu machen, damit sie sich wohl fühlen. Das klappt ganz gut, es gibt schon eine Art Macherszene hier und viel Vernetzung.

Jessica Züchner, 24, arbeitet in Görlitz beim Verein Second Attempt zur Förderung und Vernetzung von Jugendkultur. Dort ist sie für kulturelle Bildung zuständig.





Benjamin Gruner (Chemnitz)

Chemnitz war eigentlich nur ein Zwischenschritt, um in die nächste Großstadt zu ziehen. Aber es gibt hier noch zahlreiche Möglichkeiten, Dinge auszuprobieren, es gibt Räume, Lücken, interessierte junge Menschen. Chemnitz ist noch nicht so fertig wie andere Städte, wo es oft ein kulturelles Überangebot gibt. Außerdem passieren hier gerade sehr viele spannende Dinge, musikalisch, avantgardistisch. Man muss hier mehr selbst machen, weil das Budget oft nicht so hoch ist. Kollegen aus dem Westen bewundern und beneiden uns oft deshalb. Sie sind häufig pragmatisch, wir müssen kreativer sein.

Die aktuellen Probleme mit Rechtsextremen sind furchtbar. Das nimmt ein Stück Lebensqualität, wenn man bemerkt, wie beschränkt bei manchen die Horizonte sind. In der Stadt gibt es viel Spannung, man guckt sich befremdlich an: Zu welchem Lager gehörst du eigentlich? Viele Probleme wurden von der Landesregierung lange totgeschwiegen. Gut, dass jetzt erkannt wird, dass man mehr in politische Bildung investieren muss.

Benjamin Gruner, 29, ist Sozialarbeiter und Kulturveranstalter in Chemnitz. Seit März leitet er gemeinsam mit Timo Stocker den Club Transit, wo neben Partys auch Kulturprogramme angeboten werden. Zudem arbeitet er Vollzeit als Sozialarbeiter.

Lust auf Zukunft machen

Politische Bildung in strukturschwachen Regionen muss den Menschen in erster Linie das Gefühl geben, dass die Politik ihnen zuhört und sie unterstützt. Was braucht sie, um das zu schaffen?

Text: Ellen Ueberschär

Seit den Ereignissen in sächsischen Kleinstädten wie Freital, Meißen und Heidenau ist der Eindruck entstanden, die politische Bildung habe um den Osten und insbesondere um Sachsen bisher einen Bogen gemacht, und nun sei dort die Situation besonders dramatisch. Hohe Wahlerfolge für rechtsautoritäre und rechtspopulistische Parteien und Gruppierungen, Gewalt gegen Migranten und organisierter Rechtsextremismus seien auf eine mangelnde Wirksamkeit oder gar auf die Abwesenheit politischer Bildungsarbeit zurückzuführen.

Die Gleichsetzung von Strukturschwäche und dem Territorium der seit fast 30 Jahren nicht mehr existenten DDR wäre aber zu kurz gegriffen: Nicht jede strukturschwache Region liegt im Osten und nicht jede Region im Osten Deutschlands ist strukturschwach.

Worum geht es also? Um ländliche, kleinstädtische Räume, in denen die akademisch gebildeten und künstlerisch kreativen Mili-eus nicht in der Mehrheit, jedenfalls nicht prägend für die demokratische Kultur sind.

Es geht um Räume, in denen Bürgermeister/innen – mancherorts ehrenamtlich – sich täglich mühen, die Infrastrukturen im Ort aufrechtzuerhalten, kulturelle Räume zu schaffen und den Strukturwandel mit den vorhandenen Mitteln verträglich zu gestalten. Es geht um Gegenden, in denen Menschen so reden, wie ihnen der Schnabel gewachsen ist, wo man sich irgendwie umeinander kümmert und sich bisweilen vergangene Zeiten zurückwünscht, jedenfalls teilweise.

Natürlich – und hier fängt das Thema der politischen Bildungsarbeit an – geht es auch um Regionen, in denen rechte Ideologen die Meinungsführerschaft im Ort errungen, das politische Mikroklima vergiftet und – für welches kommunale oder gesellschaftliche Thema auch immer – stets eine einzige Antwort parat haben: Die Migranten sind schuld.

Nachweislich besteht ein Zusammenhang zwischen einem in Richtung rechtspopulistische oder rechtsautoritäre Parteien tendierenden Wahlverhalten einerseits und wirtschaftlicher Strukturschwäche, starker Abwanderung und hoher Arbeitslosenquote andererseits. Das heißt aber nicht, dass dieser Zusammenhang zwangsläufig ist: Arbeitslosigkeit oder das Gefühl, wirtschaftlich benachteiligt zu sein, sind kein Grund für ein bestimmtes Wahlverhalten. Gleichwohl fördert das Erleben einer schwachen Leistung des Staates in der Bildung (die Schulen sind weit entfernt), in der Infrastruktur (es fährt der Schulbus, und wenn der nicht fährt, findet ÖPNV nicht statt), in der Kultur (an Theatern und kulturellen Einrichtungen wird gespart) nicht das Vertrauen in die Demokra-

tie, sondern ganz im Gegenteil: Die Strukturschwäche öffentlicher Institutionen lässt das Vertrauen in die Demokratie und ihre Repräsentanten erodieren.

Zur wirtschaftlichen Strukturschwäche tritt das Gefühl des geokulturellen Abgehängtseins – da existiert eine globale Bildungselite, zu der man nicht gehört und die offensichtlich den Mühen der Ebene entfliehen kann. Und die die eigene Familie, die nicht polyglott und bestausgebildet ist, hinter sich lässt. In Sachsen, Thüringen, Brandenburg und Mecklenburg wissen die Menschen, genau wie ihre polnischen Nachbarn, wie es sich anfühlt, wenn die jungen, klugen Leute abwandern und allenfalls am Wochenende vorbeischauen, das kommunale Leben aber nicht mehr aktiv mitgestalten.

Nach den Chemnitzer Ereignissen am 26. August 2018, an dem die sächsische Großstadt nach dem Mord an einem jungen Mann zu einem Symbol für öffentlichen Rechtsextremismus wurde, kam der hashtag #wirsindmehr auf. Er gilt sicher für Deutschland im Großen und Ganzen, aber nicht für manche strukturschwache Orte und Gegenden – die Zivilgesellschaft, die sich in Großstädten wie Berlin mit engagierten Großdemos zu Wort meldet, ist dort zu schwach.

Aber: Vorhanden ist sie auch dort, und das ist ein Erfolg politischer Bildungsarbeit, die bei jenen politisch wachen Menschen angesetzt hat, die sich auf kommunaler Ebene engagieren wollten. Förderprogramme der 1990er und 2000er Jahre haben die Entwicklung und Vertiefung einer demokratischen Zivilgesellschaft unterstützt, aber oft zu sporadisch und zu projektbezogen. Permanent Fördermittel beantragen und gleichzeitig mit gerade bewilligten



arbeiten zu müssen – das ist gerade dort, wo die Kräfte begrenzt sind, ein nicht zu unterschätzendes Hindernis für eine starke und wirkungsvolle Zivilgesellschaft, die Vertrauen in demokratische Strukturen stärkt.

Im besten Fall ergänzen sich demokratische Institutionen vor Ort und eine lebendige Zivilgesellschaft mit Bürgerinitiativen, Vereinen und Kirchgemeinden. Vertrauen in die Demokratie und ihre Institutionen stellt sich über glaubwürdige, engagierte Personen her.

Zuallererst ist der Auftrag politischer Bildung in strukturschwachen Regionen, dem Gefühl entgegenzuwirken, dass sich die Politik zurückgezogen hat, dass die Menschen dort «politisch verlassbar» sind. Genau aus diesem Gefühl versuchen politische Anbieter und Krisengewinnler mit Angstdiskursen und xenophoben Narrativen politisches Kapital zu schlagen.

Wenn die Infrastrukturen der Teilhabe nicht funktionieren, die Schulen schlecht ausgestattet sind und das WLAN nicht schnell genug funktioniert, die Polizei nicht oder zu spät erscheint, Steuern hinterzogen werden, wenn Kommunen Fahrverbote verhängen müssen, weil die Dinosaurier der Automobilindustrie nicht ausreichend zur Verantwortung gezogen werden, dann hilft politische Bildung leider nicht.

Politische Bildung ist auch nicht mit einer einzigen «nationalen Anstrengung» erledigt, eher ähnelt sie dem Fahrradfahren – politische Bildung muss ständig in die Pedale treten, sonst kippt das Vehikel, sprich die Gesellschaft, zur einen oder der anderen Seite.

Drei Grundsätze sind wichtig:

Politische Bildung gelingt nicht ohne Wissen: Wenn der sächsische Ministerpräsident Gemeinschaftskunde verstärken will, dann ist das nach fast 30 Jahren freistaatlicher Regierungstätigkeit seiner politischen Partei eine wichtige Erkenntnis, aber zu spät und nicht ausreichend. Wissensvermittlung kennt viele kreative Formen, und darin sind Vereine, Initiativen und Landesstiftungen der Heinrich-Böll-Stiftung vor Ort gut. Das Planspiel Zusammenleben zum Beispiel wurde von der Stiftung für Berufsschüler/innen entwickelt und findet über Multiplikatoren, u. a. aus dem Netzwerk «Demokratische Schule», Verbreitung. Ein Spiel weckt Emotionen, die ein positives Lerngefühl verstärken und Vorurteile gegenüber Integration und Migration abbauen helfen.

Politische Bildung braucht Werte und Haltung. Das im Beutelsbacher Konsens – der professionsethischen Grundlage politischer Bildungsarbeit – vereinbarte Überwältigungsverbot als Neutralitätsgebot auszulegen ist ein Missverständnis. Das Gegenteil ist richtig:

eine klare Haltung von Lehrenden und Trainerinnen und Trainern in und außerhalb von Schulen ist die Voraussetzung für den individuellen Bildungserfolg. In einer freiheitlichen Gesellschaft werden Werte, also das, was im Zusammenleben gilt und was nicht gilt, ausgehandelt. Haltung entwickeln Menschen in der Begegnung und Auseinandersetzung mit anderen. Der strukturschwächste Raum in dieser Hinsicht sind die sozialen Medien, in denen keine persönliche Begegnung stattfindet. Politische Bildung allein kann das nicht beheben, aber ihre Akteure müssen in den digitalen Welten mitmischen – im Sinne einer «aufsuchenden Bildungsarbeit».

Politische Bildung stärkt die Urteilskraft und befähigt zum Handeln – Urteilskraft bildet sich nur heraus, wenn Menschen nicht als unkritische Analphabeten durch das Internet und besonders die sozialen Medien irren, deren Algorithmen, das hat sich inzwischen herumgesprochen, eher dem Hass und der Hetze die oberen Plätze einräumen.

Urteilsfähigkeit bildet sich heraus im Dialog auf Augenhöhe. Das ist in der Fläche des Landes eine Herausforderung, aber gerade in strukturschwachen Regionen brauchen Menschen ein Empowerment, das sie zu unabhängigen Urteilen befähigt. Hier spielt das bisher in der politischen Bildungsarbeit unterbelichtete Thema Emotionen hinein: Emotionalität ist in der Bildungsdebatte verpönt, gleichwohl geht es nicht ohne sie: «Emotionen strukturieren Zugangswege und Ausgangspunkte der Welterschließung», sagt die Bildungsforscherin Anja Besand.

Eine grüne politische Bildung muss daraus Konsequenzen ziehen: mit digitalen und künstlerischen Mitteln Lust auf Zukunft machen, wo Krisennarrative zu politischer Destruktivität führen, präzise und verständlich sprechen und «Jargon» vermeiden, Wege aus der «Theorie der öffentlichen Ohnmacht» (Klaus Hartung) aufzeigen. Nur die Erfahrung von Selbstwirksamkeit beugt der aus der Theorie folgenden Praxis öffentlicher Ohnmacht vor.

Positive Emotionen stellen sich über glaubwürdige Brückenpersonen her, die Träger und Einrichtungen politischer Bildung mit den Zielgruppen verbinden – in strukturschwachen Räumen eine Schlüsselfunktion für die Bildung von Urteilskraft und Befähigung zum Handeln. Nichts, was sofort wirkt, aber alles auf dem Weg zu einer resilienten Demokratie.

Ellen Ueberschär, geboren 1967 in Berlin-Pankow, ist Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung.



Wie Wacken ohne Schlamm

Feine Sahne Fischfilet kommen aus Mecklenburg-Vorpommern und wollen da auch nicht weg. Sie machen mehr lauten als leisen Punkrock und engagieren sich gegen «Faschoschweine» – vor allem im Osten. Ein Konzertbesuch in Brandenburg an der Havel.

Text: Annabelle Seubert

Keine zwei Taktschläge, dann treffen dich Härte und Liebe und Testosteron. Die ersten Sekunden sind wie ein Schock: Wer bis eben den Kosmopoliten geben wollte und dachte, was genau soll jetzt in Brandenburg gehen – der Stadt? Und dann als Nächstes die Tram vor der Jugendkulturfabrik über Kopfsteinpflaster abrattern sah, um beim Blick auf die Technische Hochschule gegenüber schlechte Vibes zu kriegen – diese Erinnerung an den Studium-in-der-Provinz-Schleier; immer war man müde oder Winter – der kann sich jetzt ordentlich Schweiß vom Nacken wischen.

In der Kulturfabrik ist es nassheiß, kambodschaheiß. Es tropft von den Rohren an der Decke, und es tropft von Monchis Stirn – vom Sänger der Punkrocker Feine Sahne Fischfilet, über die zuletzt viel zu lesen war. Die, anders als andere Bands, keine Hits zum «Warmwerden» brauchen. Es geht sofort los, sprichwörtlich, «es geht los, es geht los heute Nacht» – so starten sie mit dem ersten Song ihres ersten Konzertes der «Alles auf Rausch»-Tour. Die Strophe fällt einfach in den Raum, besser: in ein größeres Wohnzimmer, vollgestopft mit Menschen, die schwarze Fan-Shirts tragen. Viele mit demselben Aufdruck auf dem Rücken: «Niemand muss nüchtern sein.»

Man muss sich das Bild für Bild vorstellen: Ein paar «Alerta, Alerta, Antifascista!»-Rufe hallen durchs Publikum. Die Scheinwerfer gehen an. Und dann laufen sechs Männer aus Mecklenburg-Vorpommern auf die Bühne, die Christoph Sell, Kai Irrgang, Olaf Ney, Jacobus North, Max Bobzin und Jan «Monchi» Gorkow heißen. Der Sänger kippt Bier in geöffnete Münder der vorderen Reihen, über Arme, Haare, Augen, er nimmt selbst einen Schluck und spuckt ihn in die Menge. Links stagedived ein Mädchen in fremde Hände, rechts ein Typ, und dann wirft sich Monchi in die Mitte, dessen Körper in den meisten Texten über Feine Sahne Fischfilet Erwähnung findet. Und wie auch nicht? Der Mann ist eine Wucht.

Ehrensache, dass ihn die Fans halten – nicht nur in Brandenburg an der Havel. Auch im Leben. «Die geilen Leute halt», wie sie sagen.

Lieber reißen sie was, besingen ihr Zuhause

Aber nur um die geht es ihnen nicht. Es geht auch um die Sache, ums Linkssein inmitten des Rechtsrucks. Feine Sahne Fischfilet machen Politik, und das mit Leidenschaft. «Radikal», werfen ihnen manche vor. Beinahe jeder Facebook-Post, den sie schreiben, ist ein Aufruf zur Solidarität. «Was zu reißen» im Kampf gegen die «Faschoschweine». «Wenn wir sehen, dass ihr kotzt, geht es uns gut», heißt es auf dem neuen Album. Wobei sich ihnen die Frage nicht stellt, ob man mal von

der Ostsee wegziehen sollte, wenn man wie sie aus Demmin, Wismar, Rostock, Hanshagen, Loitz, Greifswald und Jarmen stammt.

Im Gegenteil. Lieber reißen sie was, besingen ihr Zuhause. «Zuhause heißt: Wir schützen uns alle, alle sind gleich.» Organisieren ein Open Air, das den Namen «Wasted in Jarmen» trägt, 2016, direkt vor der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern. Unter dem Motto «Noch nicht komplett im Arsch» ziehen sie gegen AfD und NPD durchs Bundesland, mit Lesungen und Partys. «Leute ansprechen, die sich in ihrer Gegend ganz einfach nicht trauen, den Mund aufzumachen.»

Wären Feine Sahne Fischfilet nicht seit Langem sichtbar in Sorge um die Zukunft der Republik, man könnte ihre Aktionen für eine Masche halten. Eine für die geilen Leute: Sie verlosen Gästelistenplätze an die Kinder von AfD- und CDU-Wählern. In ihren Musikvideos sind Anarchiezeichen und «FCK NZS»-Shirts «in».

Und 2012, als sie erneut im Verfassungsschutzbericht von Mecklenburg-Vorpommern erwähnt werden – 2011 meinte man eine «explizit antistaatliche Haltung» bei ihnen erkannt zu haben –, stellen sie dem Verfassungsschutz einen Präsentkorb vor die Tür. Danke, super Promo und so!

Sechs Jahre später braucht es eigentlich keine Promo mehr, da kommt der Ruhm wie von selbst. Schon allein weil die politische Bewegung wächst, die Feine Sahne Fischfilet hört – und derselben Ablehnung entspringt, die die Band seit jeher treibt. Mit dem Aufstieg rechter Parteien wird das linke Engagement größer. Und damit auch Feine Sahnes Erfolg.

Im September treten sie in Chemnitz vor 65.000 Menschen auf, die zeigen wollen: «Wir sind mehr».

Im Oktober werden sie für den MTV Europe Music Award nominiert, als «Best German Act».

Und dann folgt auch noch der «Bauhaus-Skandal». Das ZDF will seine Konzertreihe im Dessauer Bauhaus fortsetzen und dort am 6. November einen Auftritt von Feine Sahne Fischfilet aufzeichnen. Binnen Tagen werden FSF zum gesamtdeutschen Politikum: auf Druck von AfD, CDU und der lokalen Neonaziszene wird das Konzert abgesagt. Der Regierungssprecher von Sachsen-Anhalt hält die Einladung für «schwer bis nicht nachvollziehbar». Die Bauhaus-Direktorin erklärt, sie habe auf diese Weise rechte Aufmärsche verhindern wollen. Und überhaupt, Punkrock in den Hallen? Das Bauhaus ist Weltkulturerbe. Wenn da die Glasfassade wackelt!

Der Berliner Kultursenator Klaus Lederer lädt die Band ins Bauhaus-Archiv der Hauptstadt ein. Die Kulturstaatsministerin Monika Grütters bezeichnet die Entscheidung, das Konzert abzusagen, als «fatales

«Was für ein Schweineglück wir haben,
auf diesem Fleckchen Erde geboren zu sein.»

Zeichen» – und erinnert an die Kunstfreiheit, die hierzulande «durch Artikel 5 im Grundgesetz hohen Verfassungsrang» genieße.

Der Fall ist ein Eklat.

Und Feine Sahne?

Setzen erst mal noch einen Facebook-Post ab. «Es ist doch wohl klar, dass wir am 6.11. in Dessau spielen werden!»

Sie verlagern ihr ZDF-Konzert vom Bauhaus ins Brauhaus. Jede Zeitung berichtet, das Bauhaus Dessau stellt seine Pressesprecherin frei. Ist doch wohl klar, dass die Band dort noch schnell vorbeifährt, kurz vor ihrem Konzertbeginn, und sich mit einer Urkunde für die «PR-Aktion des Monats» bedankt. Eine Flasche Pfeffi gibts dazu.

Und ist doch wohl auch klar, dass da der Punk zwei Tage später, am 8. November, erst recht weitergeht. Zum Glück «nicht in einer Stadt wie Berlin oder Hamburg», wie Gitarrist Christoph Sell sagt. «Sondern in einer Kleinstadt» – außerhalb der We're-all-so-liberal-and-international-Blase –, wo Sich-einig-Sein ein bisschen schwerer fällt.

In Brandenburg also, im Haus der Offiziere, der Jugendkulturfabrik.

Es ist quasi Wacken – etwas kleiner und ohne Schlamm. Die Leute rempeln und pogen, die Moshpits entstehen und vergehen. Wer umfällt, wird hochgehoben. Ständig ziehen sich irgendwelche Fans auf die Bühne, eine – Steffi – geht erst gar nicht mehr. Monchi fragt: «Stefanie, alles gut bei dir? Nimm dir noch Bier. Greif zu.»

Dann singt er Klaus Lage und holt noch eine Flasche Pfeffi für alle, «taaaaausend Mal berührt, tausend Mal is' nix passiert». Ein Mann crowdsurft neben seinem gut zehnjährigen Sohn, Monchi holt den Jungen aus der Masse und hebt ihn auf seine Schultern. Er hebt das Mikro für ein bisschen Pathos und Glück. «Das ist für alle», sagt er, «die sich auf und über das Mittelmeer machen, um Menschen zu retten. Menschen, die in erster Linie Menschen sind. Und nicht: Juden, Christen oder Muslime.»

«Was für ein Schweineglück wir haben», sagt er, «auf diesem Fleckchen Erde geboren zu sein.»

Und: «Ihr da vorne! Klappt ihr mir um?»

Hinten, auf der Empore, wo sie von oben Bier runterschütten und von unten Becher hochgeschleudert bekommen, wo sie sich abwechselnd den Mittelfinger und mit zwei Händen geformte Herzen zeigen – dort sagt noch Mike: «Hier neben mir steht übrigens Monchis Schwager.»

Mike ist Feuerwehrmann. Hergekommen mit vier anderen Feuerwehrmännern aus Eisenhüttenstadt, «vom Lehrgang», erzählt er – darunter auch Monchis Schwager, «der musste fahren».

Es dauert nicht lange, bis Monchi auf der Bühne nach diesem Schwager verlangt. «Los, bringt ihn runter!», ruft er. «Tragt ihn durch den Raum!» Es gibt Küsse auf die Stirn, «ich mach Fotos für meine Schwester», es gibt Küsse auf den Kopf.

Zugaben gibt es, «Ausziehen, ausziehen!»-Chöre. Mehr Pfeffi, mehr Bier, «Komplett im Arsch», «Alles auf Rausch». Es gibt eine Fünfzig-Grad-Energie, die dir das Atmen schwer macht und dich im Glauben lässt, die Welt sei längst nicht verloren. Es gäbe stattdessen was zu reißen, heute noch.

Gleich.

Jetzt!

«Könnt ihr noch?» – «Jaaaaaa!» – «Scheiße.»

Annabelle Seubert, geboren 1985 in Bad Mergentheim, hat an der Universität der Künste Kulturjournalismus studiert. Sie ist Autorin und Redakteurin bei der *taz am Wochenende*.

«Könnt ihr noch?» – «Jaaaaaa!» – «Scheiße.»



Interview: Annette Maennel

Stopp! Erkläre!

Wie ist es um die Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen Frauen aus dem Osten und Westen bestellt? Was sagen die «Schubladen» über uns aus, in die wir so gerne andere einsortieren oder einsortiert werden? Auf ein Glas Wodka und Prosecco mit Annett Gröschner (Ost) und Johanna Freiburg (West) von der Performance-Gruppe She She Pop.

«Schubladen» ist ein Stück von She She Pop, das sie seit 2012 spielen, zuletzt in Vilnius zu Gast beim Festival Sirenos. In dem Stück kramen die Darstellerinnen in ihren alten Tagebüchern, Poesiealben, Schulheften oder Liedern und nehmen dann das eine oder andere als Fundstück auf, um auf die vergangenen dreißig Jahre zurückzuschauen. Auf der Bühne sitzen sie sich als drei Paare gegenüber, Frauen zwischen 40 und 50 Jahre alt, aus Ost und West, und werfen sich über zwei Stunden hinweg Ping-Pong-Bälle auf der Lebenslinie zu. Sie erzählen, hinterfragen, greifen an, machen sich lustig, lästern übereinander. Die Texte sind biografisch geprägt, ehrlich, manchmal beklemmend, ohne dass es zu vertraulich wird. Wenn sich die eine der anderen nähert, um aus ihrem Leben zu berichten, heißt es: «Ich habe ein Bild mitgebracht.»

Bilder aus der Vergangenheit sind bei She She Pop ein wichtiges Element, um anderen die eigene Geschichte näherzubringen. Was zeigt ihr euch, wenn ihr an eure Kindheit und Jugend denkt?

Johanna Freiburg (JF): Zum Beispiel die Fahndungsplakate von den RAF-Leuten. Die habe ich noch immer sehr vor Augen.

Annett Gröschner (AG): Das finde ich lustig, weil dieses RAF-Fahndungsplakat für mich auch etwas sehr Prägendes hat. Als ich 1983 nach Ostberlin kam, konnte man über die Mauer auf den Bahnsteig der S-Bahn-Station Wollankstraße in Westberlin sehen. Da hingen diese Fahndungsplakate.

JF: Prägend war auch Tschernobyl. Ich war 14. Ich weiß noch, dass ich gerade auf der Konfirmation von einem Kinderfreund von mir war. Die Feier fand draußen im Garten statt, und es fing an zu regnen. Dieses Gefühl, dass die ganze Umwelt jetzt komplett vergiftet ist. Und dieses Halbwissen, was Radioaktivität genau bedeutet.

AG: Und ich habe noch nie so viel Salat in dieser Woche gegessen. Der kam ja nun aus dem Westen zu uns.

Wie seid ihr auf die Idee gekommen, mit den «Schubladen» auf beiden Seiten aufzuräumen?

JF: Im Jahr 1993 gab es dieses Stück «Sesam, Sex und Salmonellen» von uns. Darin ging es um das Erzählen unserer Lebensgeschichte. Es endete mit einem Tagebucheintrag meiner Kollegin Mieke Matzke von 1989: «In der DDR ist gerade Umbruchszeit. Ob ich wohl in zwanzig Jahren einmal denken werde: Komisch, wie wenig mich dieses Weltgeschehen damals interessiert hat?» Und ungefähr zwanzig Jahre später haben wir dann die Idee entwickelt, das Konzept zu wiederholen, aber mit einem ostdeutsch geprägten Gegenüber.

Habt ihr die Themen gemeinsam entwickelt? Habt ihr euch gesagt: Lasst uns über unsere Mütter, über die Schule, über Sex sprechen?

AG: Am Anfang wurden die Themen von She She Pop gesetzt, aber nachher hat das eine Eigen-dynamik entwickelt.

Und du, Johanna, du hast dann das RAF-Plakat mitgebracht?

JF: Es ging darum, dieses Bild aus der Erinnerung zu beschreiben. Also: «Auf dem Bild sind viele Bilder einzelner Menschen zu sehen. Einige tragen Vollbärte, viele haben lange Haare. Sie sehen aus wie meine Eltern oder Erzieher.»

AG: ...und manchmal habe ich gerufen: «Stopp! Erkläre!» Das ist für uns das Zeichen, dass sich die eine der anderen genauer erklären muss, damit die sogenannten Selbstverständlichkeiten verständlich für alle werden. Erkläre: Wie sehen deine Erzieher aus? Was meinst du? Was war da los? Wer bist du?

«Ich bin in Frankfurt aufgewachsen.»

«Stopp! Erkläre - welches Frankfurt?»

«Frankfurt am Main natürlich.»

«Stopp! Erkläre - wieso <natürlich>?»

Was zum Beispiel war anders?

AG: In der DDR waren die sozialen Grenzen viel offener. Professorinnen oder Künstler haben neben Leuten gewohnt, die im Drei-Schicht-System irgendwo in einer Fabrik arbeiteten. Heute sind diese sozialen Gruppen viel stärker voneinander getrennt. Um auch gleich mal mit einem Klischee aufzuräumen: Dieses Bild, dass im Osten alle Frauen gearbeitet haben, alle Kinder in den Kindergarten gegangen sind, stimmt sicher nicht: Ich konnte zum Beispiel nicht in den Kindergarten gehen, weil es nicht genügend Kindergartenplätze gab. Und Johannes Mutter ist in Hamburg arbeiten gegangen, der Vater ist zu Hause geblieben.

JF: Trotzdem war der Blick auf berufstätige Mütter im Osten und Westen verschieden. In der ersten Klasse hatte ich an manchen Tagen nur

zwei Stunden Schule, und es gab einfach keinen Ort, wo ich als kleines Kind hingehen konnte, weil es keine Hortbetreuung gab. Das war ein Problem für meine Mutter und für mich. Sie wurde als «Rabemutter» und ich als «Alien» angeguckt. Das Bild von dem Überbehütetsein der Kinder im Westen ist sicher auch ein Klischee, trotzdem habe ich einen Unterschied zu den Ostkolleginnen gemerkt: Sie haben ein viel weniger sentimentales Verhältnis zu Kindern. Sie sind liebevoll, haben aber mehr Distanz.

«Frauen aus dem Westen sind überbehütet und unterentwickelt»

(Ost über West)

AG: Ich glaube, man wusste, dass man einfach nicht perfekt sein kann. Heute wird den Frauen suggeriert, dass sie in allem und mit den Kindern alles perfekt machen müssen. Da kannst du eigentlich nur Trinkrin oder drogensüchtig werden.

Nächstes Jahr ist die Wende 30 Jahre her. Findet ihr es immer noch wichtig, sich gegenseitig seine Geschichte zu erzählen?

JF: Ich glaube, es ist notwendiger denn je, miteinander zu sprechen. Ich habe den Eindruck, das Versäumnis fällt uns gerade sehr auf die Füße.

AG: Wir Ostdeutschen werden bis heute immer wieder auf unsere Herkunft zurückgeworfen und dass wir dadurch eigentlich nicht so viel wert sind wie die auf der anderen Seite. Ich habe viele Jahre im Westen an der Uni gearbeitet und bin dort auf Lesereisen gewesen. Da herrschte oft eine völlige Unkenntnis darüber, was im Osten war. Und eigentlich wollte es auch fast niemand so genau wissen.

JF: Du spielst darauf an, mit welchem Chauvinismus dort über den Osten geredet wurde?

«Weil ihnen keine Urkunden mehr verliehen werden, fühlen sich die Frauen aus dem Osten <unterschätzt>.» (West über Ost)

«Die wollen heute noch mit <Meister von morgen> angesprochen werden.» (West über Ost)

AG: Genau. Sogar wenn sie neben mir standen und wussten, dass ich aus dem Osten komme. Auch jemand wie Peggy Mädler oder auch Barbara Gronau, die ebenfalls bei «Schubladen» dabei sind, die nach der Wende durchgestartet sind und gesagt haben: Es ist scheißegal, wo ich herkomme, ich bin gut – auch sie wurden immer wieder darauf zurückgeworfen, dass sie eben doch eine andere Sozialisation haben.

«Hast du eine Ahnung, wie es sich anfühlt, wenn frühere Selbstverständlichkeiten plötzlich von dir als neue Erfindungen ausgegeben werden?» (Ost über West)

«Hast du eine Ahnung, wie das ist, wenn man den Kapitalismus als Zumutung empfindet, aber es fällt einem keine Alternative mehr dazu ein?» (Ost)

«Hast du eine Ahnung, wie es ist, wenn dir vorgehalten wird, du bist nicht angekommen, obwohl du immer unterwegs sein wolltest?» (Ost)

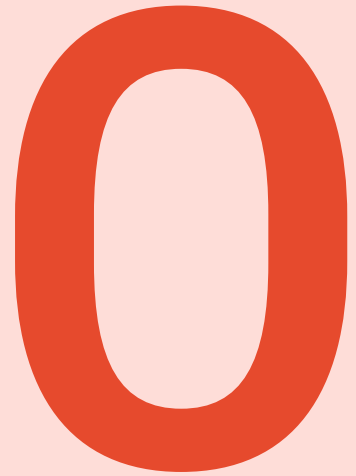
Es gibt ein Kapitel bei «Schubladen», in dem wir uns «bekennen» müssen. Wir heben die Hand bei solchen Fragen wie: Bist du links oder bist du liberal? Diese Art von Bekenntnis auf offener Bühne, und wenn es nur das ist: Ich bin Ostdeutsche, das gibt oft Diskussionen mit dem Publikum nach der Vorstellung.

Annett Gröschner wurde 1964 in Magdeburg geboren. Sie veröffentlichte Gedichte, Romane, Reportagen, Dokumentarliteratur sowie Rundfunkfeatures und lebt als freie Autorin in Berlin. Aktuell: «Berolinas zornige Töchter. 50 Jahre Berliner Frauenbewegung».

Johanna Freiburg wurde 1971 in Hamburg geboren, studierte am Gießener Institut für Angewandte Theaterwissenschaft und ist Mitbegründerin des Performance-Kollektivs She She Pop, das gerade sein 25-jähriges Bestehen feierte. Aktuell: «She She Pop. Sich fremd werden. Beiträge zu einer Poetik der Performance».

Annette Maennel, 1964 geboren und aufgewachsen in Dresden, leitet die Abteilung Kommunikation in der Heinrich-Böll-Stiftung.

► Wir haben auch über «Heimat» gesprochen. Die Fortführung des Gespräches finden Sie in unserer Online-Ausgabe von Böll.Thema unter: www.boell.de/thema.



Die Lausitz – letzte Kohlebastion in Deutschland





Eine Kommission der Bundesregierung plant den endgültigen Ausstieg aus der Braunkohleförderung in der Lausitz. Was sagen die Menschen, die dort leben? Die einen fürchten um ihre Arbeitsplätze, die anderen um die Umwelt, viele um beides: Zwei Lausitzer, Christian Huschga und Wolfgang Rupieper, erzählen, wie sie sich die Zukunft der Region vorstellen.

Text: Carla Baum

«Das Klima kann nicht warten!»

Christian Huschga wohnt in Atterwasch, einem Lausitzer Dorf, das einem Tagebau weichen sollte. Gemeinsam mit anderen Anwohnern organisierte er den Protest gegen die Abbaggerung. Obwohl diese mittlerweile vom Tisch ist, setzt sich der 48-jährige Kinderbuchautor weiter für ein baldiges Ende des Braunkohleabbaus in der Region ein.

Als ich im September 2007 mit meiner Frau aus dem Urlaub wiederkam, hieß es plötzlich: Atterwasch, unser Dorf, wird abgebaggert. Vattenfall hatte einen Brief geschrieben: «Wir beanspruchen Ihr Dorf für den Braunkohletagebau Jänschwalde-Nord.»

Ein paar von uns haben sich dann entschlossen, etwas dagegen zu tun. Wir haben einen Arbeitskreis organisiert, uns vernetzt mit anderen Kohlegegnern in der Region. Heute kenne ich Menschen, die hätte ich ohne die Kohle nie kennengelernt. Es schweißt zusammen, gemeinsam für das Klima und die Umwelt zu kämpfen.

2017 wurde verkündet, dass Jänschwalde-Nord nicht mehr als Tagebau erschlossen werden soll. Da haben in Atterwasch und den anderen betroffenen Dörfern die Sektkorken geknallt. Ich glaube, die Finanzkrise hat unsere Dörfer gerettet. Denn als die Leute nicht mehr wussten, wo sie ihr Geld anlegen sollten, war das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) der große Heilsbringer. Dann ging es mit der Wind- und der Solarenergie richtig los, nirgendwo war die Rendite

größer, die Strompreise fielen. Auch Vattenfall hat gemerkt, dass sich für sie die Braunkohle langfristig nicht mehr lohnen wird. Kurz darauf erfolgte der Verkauf an die LEAG.

Die Kohle hat hier in den vergangenen Jahrzehnten schon viel Schaden angerichtet. Der Tagebau saugt das Grundwasser ab, Seen verlieren Wasser. Straßen sind abgesackt, haben riesige



Erneuerbare Energien in Deutschland

Die östlichen Bundesländer gehören zu den führenden Erzeugern erneuerbarer Energien. Laut einer Vergleichsstudie der Agentur für Erneuerbare Energien belegt Mecklenburg-Vorpommern im Bundesländer-Vergleich nur knapp hinter Baden-Württemberg den zweiten Platz, was die Förderung und Nutzung erneuerbarer Energien angeht. In Bezug auf den politischen Einsatz für den Wandel belegt das Bundesland sogar den Spitzenplatz. Insbesondere in den neuen Bundesländern sorgt der Ausbau der grünen Energieträger auch für positive Veränderungen am Arbeitsmarkt: In Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg ist der Anteil der «grünen» Jobs in den Erneuerbaren an der Gesamtbeschäftigung im Ländervergleich am höchsten.

Seit dem Inkrafttreten des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) im Jahr 2000 ist der Strom im gesamten Land immer «grüner» geworden. Zum Startzeitpunkt des Gesetzes lag der Anteil an der Stromerzeugung bei sechs Prozent. Im vergangenen Jahr lag er bereits bei 36 Prozent – erneuerbare Energien stehen damit vor der Braunkohle (22,5 Prozent) und der Kernenergie (rund 12 Prozent) auf dem ersten Platz. Ziel ist es, den Anteil von Strom aus Windkraft, Solaranlagen und Biomasse bis zum Jahr 2025 auf 40 bis 45 Prozent zu steigern. Im Jahr 2035 soll durch «grüne» Energien dann bereits weit mehr als die Hälfte der Stromerzeugung in Deutschland gedeckt werden.

Seit seinem Inkrafttreten hat es bereits mehrere Erneuerungen und Erweiterungen des EEG gegeben – zuletzt 2017, als beschlossen wurde, dass Strompreise aus den Erneuerbaren nicht mehr staatlich festgelegt, sondern durch Ausschreibungen auf dem Markt ermittelt werden sollen.

Löcher. Das bezahlt nicht die LEAG, sondern das bezahlen die betroffenen Kommunen. Es ist Geld, das in Schulen, Kindergärten und Vereinen fehlt.

Wenn die Wolke, die aus dem Kraftwerk kommt, genau über dem Dorf steht, riecht man das. Die LEAG sagt zwar, dass aus den Schornsteinen nur Wasserdampf kommt. Aber an manchen Tagen sieht man einen braunen Streifen über dem Kraftwerk, der sonst fast immer von weißen Dampfschwaden verhüllt wird. Wenn der Wind ungünstig steht, müssen wir das und den Staub aus dem Tagebau einatmen.

Es geht uns nicht nur um unsere unmittelbare Umwelt, sondern um das Weltklima. Deutschland ist der weltweit größte Braunkohle-Verstromer. Meiner Meinung nach muss der, der diese dreckige Energiegewinnung am meisten anwendet, sie auch wieder herunterfahren. Deutschland verfehlt das Klimaziel noch deutlicher als bisher gedacht. Ich kann natürlich jeden Kohlekumpel verstehen, der jetzt Zukunftsängste hat. Aber die angeblich drohende Arbeitslosenwelle wird von den Kohle-Befürwortern aufgebauscht. Es gibt Fachkräftemangel in der Region, die Leute müssen umgeschult werden.

Es geht wertvolle Zeit verloren – und das nur um des Profits willen. Denn wofür soll es der Regierung und der LEAG gehen, wenn nicht um Profit? Die Stromgewinnung aus Braunkohle ist eine veraltete Technologie. Das Kraftwerk Jänschwalde hat einen Wirkungsgrad von knapp über 30 Prozent. Ein Gaskraftwerk ist dreimal so effizient. Es kann viel schneller hoch- und herunterfahren, flexibler auf den Bedarf reagieren.

Die Stromgewinnung aus Braunkohle ist nicht mehr zeitgemäß. Warum siedeln wir hier nicht modernere Energietechnologien an? Warum wird auf Kosten des Klimas an der Braunkohle festgehalten? Für die paar Wählerstimmen, für die paar Arbeitsplätze?



Das soll den Menschen nicht ein zweites Mal passieren. Es ist nicht so, dass wir ewig an der Kohle festhalten wollen. Aber wir plädieren für ein realistisches Ausstiegsdatum zur Mitte des Jahrhunderts, dies ist übrigens konform mit dem Pariser Klimaschutzabkommen. Bis dahin wird die LEAG auf Basis des von ihr vorgelegten Revierkonzeptes aus der Braunkohleverstromung aussteigen. Firmen, die zum Beispiel als Zulieferer von der Braunkohle abhängig sind, haben damit eine Planungssicherheit und können mit einem Zeithorizont von drei Jahrzehnten ihr Geschäftsmodell anpassen und verändern.



Dieser Plan wäre mit den Klimazielen der Bundesregierung vereinbar. Es werden jetzt bereits zwei Blöcke im Kraftwerk Jänschwalde im Rahmen der Sicherheitsbereitschaft abgewickelt, eine CO₂-Minderung ist eingetreten. Letztendlich wäre es reine Symbolpolitik, wenn wir jetzt überstürzt das ganze Kraftwerk abschalteten. An der Entwicklung des Weltklimas haben die Entscheidungen hier einen kaum merklichen Anteil, während gleichzeitig weltweit Hunderte neue Stein- und Braunkohlekraftwerke entstehen.

Wir können außerdem nicht allein die Frage nach dem Klima stellen. Sie muss gleichwertig behandelt werden mit der Frage nach den Arbeitsplätzen, der Sicherheit in der Versorgung und der Bezahlbarkeit des Stroms. Die Energiewende hat eine Strompreiserhöhung mit sich gebracht. Wir wissen noch nicht, wie man den Strom aus den Erneuerbaren gut und in Mengen speichern kann, wie er gut transportiert werden kann. Erst wenn diese technischen und finanziellen Probleme gelöst werden lässt sich überhaupt ein realistisches Ausstiegsdatum für die Kohle festlegen. 2022 fällt zudem der Strom aus den Atomkraftwerken weg.

In der Kohlekommission, die eigentlich Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung heißt, muss ganz klar festgelegt werden: Was ist in welchem Zeitraum technisch und kaufmännisch machbar? Nur ist die Kommission nicht von Fachleuten besetzt, sondern von Interessenvertretern. Am Ende wird wahrscheinlich ein Sozialplan für die Lausitz entwickelt. Ein Sozialplan ist immer das Schlechteste, weil das bedeutet, dass die Arbeitsplätze weg sind. Die älteren Tagebau- und Kraftwerk-Mitarbeiter bekommen den goldenen Handschlag, gehen frühzeitig in Rente. Die gut ausgebildeten Fachkräfte sehen sich woanders nach Stellen um, sobald sich ein konkretes Datum für den Ausstieg abzeichnet. Und die Jüngsten verlassen die Region gleich nach der Schule. Am Ende würden hier wieder Wölfe herumlaufen. Das wollen wir nicht. Und auch nicht die sozialen Zerreißen, die am Ende den Populismus befeuern.

Carla Baum, 1989 in Hamburg geboren, recherchierte als Journalistin im Sommer 2018 in der Lausitz zum Thema Braunkohle - und verliebte sich dabei in die einzigartige Natur der Brandenburger Region.

«Wir plädieren für mehr Realismus.»

Wolfgang Rupieper ist Vorsitzender des Vereins Pro Lausitzer Braunkohle. Gemeinsam mit anderen Kohlebefürwortern, Kraftwerk- und Tagebau-Arbeitern aus der Region Cottbus macht er sich dafür stark, das Datum für den Ausstieg nicht festzulegen. Regelmäßig nimmt der gebürtige Bochumer an Podiumsdiskussionen und Konferenzen zum Thema Braunkohle teil.

Uns geht es darum, die Industrieregion in der Lausitz mit neuen Industrien und Arbeitsplätzen zu erhalten. Nach dem großen Strukturbruch 1990/91 ist man von 100.000 Arbeitsplätzen in der Braunkohle auf 10.000 runtergegangen. Das ist ein enormer Einbruch gewesen, viele junge Leute sind damals abgewandert. Die Glasindustrie und die Textilindustrie sind auf einen Schlag zusammengebrochen.



Essay: Annalena Baerbock

Die Lausitz als Chance für unsere Demokratie

Was sich derzeit in der Lausitz vollzieht, ist nicht nur energiepolitisch von herausragender Bedeutung. Es ist auch entscheidend für das Vertrauen in unsere Demokratie.

Schon einmal ist die Lausitz Zeugin eines fundamentalen Umbaus geworden. Nach der Friedlichen Revolution brachen Zehntausende Jobs weg. 80 Prozent der Menschen, die 1989 in Cottbus, Hoyerswerda und anderen Orten in Lohn und Brot waren, mussten mindestens einmal einen neuen Beruf erlernen.

Heute, fast 30 Jahre später, stehen wir wieder vor einer Wegmarke. Und wir wissen: Wir müssen es besser machen als damals. Der anstehende Wandel lässt sich steuern und gestalten. Wenn man es will und sich traut. Aber dafür muss die Politik tun, was ihre Aufgabe ist: das Heft des Handelns in die Hand nehmen.

Konkret bedeutet das: Der Bund muss die Lausitz beim Übergang in das Zeitalter jenseits der Kohle unterstützen. Ein erster wichtiger Schritt ist zunächst einmal – so banal das klingen mag – ein flächendeckend schnelles Internet zu installieren, um die Lausitz stärker an Deutschland und die Welt anzubinden. Und damit Firmengründer/innen und Start-ups die Basis für ein erfolgreiches Unternehmen an die Hand zu geben. Auch bei der Mobilität geht es um schnellere Wege: Bislang sind Teile der Bahnstrecken nicht einmal elektrifiziert oder nur eingeleist.

Die Region steckt voller Potenzial: Energie ist das Herz der Lausitz. Selbst der Fußballclub trägt sie im Namen: Energie Cottbus. Daher sind Impulse aus der Region so essentiell – vom kleinen Zulieferer bis zu den Industrie- und Handelskammern –, auf Energie der Zukunft umzustellen. Das gilt auch für den Kohlekonzern LEAG. Er kann sich entscheiden, ob er auf Kohle oder auf Erneuerbare setzt, ob er Teil der Vergangenheit oder Teil der Zukunft sein möchte.

Der reiche Erfahrungsschatz der Lausitz in der Energiewirtschaft und auch der Chemie sowie ausgebaute Übertragungsnetze sind gute Voraussetzungen, eine Modellregion für erneuerbare Energien aufzubauen, Batterie- und Speichertechnologien zu entwickeln und zu produzieren sowie für virtuelle Kraftwerke und intelligente Netze. Hier kann der Bund gezielt unterstützen, beispielsweise, indem er ein Fraunhofer-Institut für Zukunftstechnologien ansiedelt.

Die Lausitz hat außerdem die Chance, zur internationalen Kompetenzregion für die Renaturierung von alten Tagebauen zu werden. Der Energiekonzern LEAG, die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft (LMBV) als Behörde zur Nachsorge der ehemaligen DDR-Tagebaue wie auch die Brandenburgische Technische Universität (BTU) Cottbus-Senftenberg haben die Chance, ihre Erfahrungen bei Kohleausstieg, Strukturwandel und Renaturierung international aufzubereiten. So kann die Region zum Exzellenzcluster werden.

Doch die Politik muss aktiv werden. Der Bund und die Länder müssen Fördermittel zur Gründung von Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen zur Verfügung stellen, sie müssen sich um die Bahn und die Breitband-Infrastruktur kümmern. Wenn aber der eigene Ministerpräsident lamentiert, bald würden die Lichter ausgehen, schafft das weder Innovation noch Vertrauen in die Politik. Stattdessen müssen wir alle an einem Strang ziehen, um die Energieregion Lausitz zu transformieren.

Annalena Baerbock, 1980 in Hannover geboren, ist seit Januar 2018 Bundesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen neben Robert Habeck. Seit 2013 ist die Klima- und Energieexpertin die einzige grüne Bundestagsabgeordnete aus Brandenburg, doch auch schon davor hat sie als Landesvorsitzende die Lausitz kennen und schätzen gelernt.

Interview: Carla Baum

«Die Region braucht ein neues Leitbild»

Die Zukunftsagentur Rheinisches Revier begleitet den Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen seit 2014. Ralph Sterck ist ihr Geschäftsführer und kann viel erzählen, wie dieser Wandel gelingen kann.

Sie stecken noch mitten im Strukturwandel in NRW – wo genau denn zurzeit?

Wie Sie sagen: mittendrin. Und überall im Rheinischen Revier sieht man die verschiedenen Aggregatzustände des Wandels. Etwa in Inden, dort wird 2030 der Tagebau ausgekohlt sein. Da werden jetzt schon Böschungen angelegt, wo später mal der See entsteht, da gibt es Pläne für Freizeitnutzungen, für neue Wohngebiete direkt am See. An vielen Standorten sind Tagebaue schon längst verschwunden, dort sind Seen entstanden. Und die RWE hat bereits umfänglich Stellen abgebaut, heute arbeiten «nur noch» 10.000 Mitarbeiter in Tagebauen und Kraftwerken.

Aus Ihrer Erfahrung im Rheinischen Revier gesprochen – wie kann ein Strukturwandel gelingen? Was sind die Eckpfeiler, auf die es ankommt?

Man muss der Region ein neues Leitbild geben. Sie hat die letzten Jahrzehnte stark für die Energiesicherheit gestanden, für den Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg, für das Wirtschaftswunder. Die Menschen haben sich damit identifiziert, sie waren stolz darauf. Es braucht nun wieder ein Ziel für die kommenden Jahrzehnte. Natürlich spielt das Thema Energie hier nach wie vor eine zentrale Rolle. Es ist Potenzial dafür da, dass das Rheinische Revier auch nach der Braunkohle ein Energiestandort bleibt, mit erneuerbaren Energien. Aber es geht auch eine enorme Innovationskraft von unseren Bildungs- und Forschungsstandorten aus. Da tut sich im Dreieck Köln–Mönchengladbach–Aachen unheimlich viel. Es gibt das Forschungszentrum Jülich, die RWTH Aachen, die Universitäten in Köln und Bonn – da ist enormes Potenzial, das man entsprechend aufbauen kann.

Nehmen die Leute vor Ort das denn auch so wahr? Innovation ist doch

sicher für viele, die jahrelang in den Tagebauen geschuftet haben, erst einmal ein abstrakter und bedeutungsloser Begriff.

Doch, das wird schon gesehen und angenommen. Sie sehen, dass von der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen ausgehend Elektromobilität ein Thema ist, dass jetzt da das Elektroauto «e.GO» gebaut wird, dass es Werke gibt, wo es entsprechend neue Arbeitsplätze gibt. Das wollen wir natürlich auch verstärken: Da geht es dann auch darum, vielleicht eine Batteriefabrik in der Region anzusiedeln. Wenn Tesla sagt, es möchte in Deutschland einen Standort haben, ist der NRW-Wirtschaftsminister hinterher, den ins Rheinische Revier zu holen.

Wie wichtig ist dabei die Kommunikation, der Kontakt mit den Menschen vor Ort?

Enorm wichtig. Fast jeder im Rheinischen Revier kennt Menschen in der Familie, die direkt vom Strukturwandel betroffen sind, die etwa umgesiedelt wurden für die Erweiterung einer der Tagebaue.

Was ist im Rheinischen Revier schon gelungen, was der Lausitz noch bevorsteht?

Man kann den Wandel der beiden Regionen nur schlecht vergleichen, weil die Bedingungen in der Lausitz und im Rheinischen Revier einfach unterschiedlich sind. Deshalb ist auch unsere Herangehensweise in Bezug auf die Energiekommission eine andere.

Welche?

Anders als in der Lausitz ist die Innovationskraft unserer Region bereits gegeben und unbestritten. Es geht hier nicht so sehr um die 10.000 Arbeitsplätze in der Braunkohle, sondern insbesondere um die energieintensive Industrie vor Ort. Für die eine entspre-

chende Versorgungssicherheit herstellen zu können, das ist das Ziel, das sich unsere Beteiligten in der Kommission gesetzt haben.

Also geht es Ihnen um die Frage: Wie können wir Sicherheit haben, dass noch Strom fließt, wenn wir aus der Kohle aussteigen?

Ja, genau. Denn unser Industriestandort ist auf zuverlässigen Strom angewiesen, die Aluminiumindustrie, die Papierindustrie, die Nahrungsmittelindustrie. Da hängen natürlich viel mehr Arbeitsplätze dran. Das ist für uns die zentrale Frage, wie man die in NRW und Deutschland erhalten kann.

Ein Blick in die Zukunft: Wie weit wird der Strukturwandel im Rheinischen Revier in zehn Jahren sein?

Eine neue Dimension des Strukturwandels wird sichtbar sein und die Landschaft prägen. Es kommen drei riesige Restseen, die viel größer sind als die bisherigen gefluteten Tagebaue. In Hambach werden wir den zweitgrößten See Deutschlands haben. In Inden wird der See schon fünf Jahre nach Beginn der Flutung so voll sein, dass man ihn auch nutzen kann. Davon wird jeder hier in der Region profitieren.

Ralph Sterck, 1965 in Köln geboren, ist Geschäftsführer der Zukunftsagentur Rheinisches Revier, die den dortigen Strukturwandel seit 2014 begleitet. Sterck ist auch an der Kohlekommission beteiligt.

Carla Baum, 1989 in Hamburg geboren, recherchierte als Journalistin im Sommer 2018 in der Lausitz zum Thema Braunkohle – und verliebte sich dabei in die einzigartige Natur der Brandenburger Region.





Flöze, Gruben, Schächte – Geschichte der Braunkohle in Deutschland

Text: Carla Baum

Der Braunkohleabbau blickt nicht nur in der Lausitz, sondern auch in anderen Regionen auf eine lange Geschichte zurück. Neben den drei großen Braunkohlegebieten – der Lausitz, Mitteldeutschland und dem Rheinland – gab es zahlreiche kleinere wie die Oberpfalz und das niedersächsische Helmstedt.

Vor der Industrialisierung

Im 17. und 18. Jahrhundert wurden in mehreren Orten Deutschlands die ersten Kohleflöze angelegt: Als «Geburtsstunde» etwa des Mitteldeutschen Braunkohlereviere gilt das Jahr 1698, als bei Müncheln/Braunsbedra eine erste Kohlegrube entstand. Vorerst wurde Braunkohle in kleinem Umfang in Gruben abgebaut. Sie war eine willkommene Alternative zum knapper werdenden Holz als Brennstoff und wurde in Form von Briketts zum Heizen genutzt.

«Boom» ab ca. 1860

Im Zuge der Industrialisierung wuchs gegen Ende des 19. Jahrhunderts der Bedarf an Strom – und aus Braunkohle konnte Energie gewonnen werden. In den 1890er-Jahren entstanden die ersten Elektrizitätswerke in der Lausitz und im Rheinland. Anfang des 20. Jahrhunderts wurde Braunkohle in allen Bergbauregionen immer bedeutender, um Strom zu gewinnen, zunehmend errichtete man nun große Tagebaue. Allein in der Lausitz wurden dafür seit 1920 rund 90 Dörfer abgerissen.

NS-Zeit und Zweiter Weltkrieg

Während der NS-Zeit wurde die Braunkohle nicht mehr nur genutzt, um Energie zu gewinnen, sondern auch als Grundstoff verwendet, um Treibstoff herzustellen. Vor dem Zweiten Weltkrieg trieb die Regierung die Produktion von Benzin aus verflüssigter Braunkohle in sogenannten Hydrierwerken voran. Ein Großteil des Benzinbedarfs der Wehrmacht und der Luftwaffe wurde aus diesen Werken gedeckt.

Nach 1945: DDR und BRD

Nach 1945 fielen die Lausitz und das Mitteldeutsche Braunkohlerevier in den Einflussbereich der Sowjetmacht und gehörten bald zur DDR. Im Zuge der Autarkiebestrebungen des sozialistischen Staates wurde der Braunkohleabbau massiv ausgebaut. Wegen der Ölkrise stand das Öl aus der Sowjetunion von den 1970er-Jahren an als Energiereource nicht mehr zur Verfügung. Immer mehr Tagebaue wurden erschlossen, immer mehr Dörfer mussten dafür weichen. 30 Prozent der weltweiten Braunkohleproduktion stammte 1985 aus der DDR – aus der Lausitz und aus Mitteldeutschland bei Leipzig und Bitterfeld. Im westdeutschen Rheinland wurde nicht ganz so viel produziert wie in der DDR, trotzdem auch hier in der Nachkriegszeit massiv in den Braunkohlebergbau investiert. Während in den 1950er-Jahren vor allem noch Heizbriketts aus Braunkohle hergestellt wurden, wurde in den folgenden Jahrzehnten die Erzeugung von Strom immer wichtiger. Seinen Höhepunkt erlebte der Braunkohleabbau auch hier in den 1980er-Jahren.

Heute: «Klimakiller» Braunkohle

Seit der Wende werden die umweltschädlichen Aspekte der Stromgewinnung aus Braunkohle («Klimakiller») in neuer Schärfe diskutiert. Dennoch stammen heute noch etwa 23 Prozent des deutschen Stroms aus Braunkohlekraftwerken. Pläne, Dörfer und Siedlungen für die Erschließung neuer Tagebaue abzugeben, gibt es nach wie vor. Seit 2006 wird etwa das Dorf Immerath bei Erkelenz in Nordrhein-Westfalen umgesiedelt. Im Januar 2018 wurde dort der Abriss einer 130 Jahre alten Kirche von Protesten begleitet.

«Die Region stand viele Jahrzehnte für Energiesicherheit, für den Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg, für das Wirtschaftswunder. Die Menschen haben sich damit identifiziert, sie waren stolz darauf.»

Blühende Städte

Die Abwanderung in Ostdeutschland ist gestoppt, die Binnenwanderung aber geht weiter: vom Land in die nun wachsenden Städte.

Text: Uwe Rada

Wer in Erfurt über die Krämerbrücke schlendert, fühlt sich im Sommer wie in Italien. Nicht nur wegen der bebauten Brücke, wie es sie sonst nur in Venedig und Florenz gibt, sondern auch wegen des Treibens auf der Straße. 213.000 Einwohner/innen zählte die thüringische Landeshauptstadt Ende 2017. Fünfzehn Jahre zuvor war Erfurts Einwohner/innenzahl auf unter 200.000 gesunken. Thüringens Metropole boomt also. «Erfurt ist das neue Berlin» lautete vor zwei Jahren sogar eine Schlagzeile der Tageszeitung *Die Welt*.

Oder ist Leipzig, seit einiger Zeit auch als Hypezig betitelt, das neue Berlin? Sind es Dresden oder Jena, Potsdam oder Rostock? All diesen ostdeutschen Städten gemeinsam ist: Sie wachsen. Und sie sind die Gewinner einer umfassenden demografischen Untersuchung, die das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung im Januar 2016 unter dem Titel «Im Osten auf Wanderschaft» vorgestellt hat.

Nicht nur Schlagzeilen wie die von Erfurt als neuem Berlin brachte diese Studie hervor, sondern auch ein gewisses Erstaunen darüber, wie der Osten gegenüber dem Westen aufgeholt hat. «Auf in den Osten» titelte die *Berliner Zeitung*, und die *Süddeutsche* zog gleich mit: «Geh doch rüber». Tatsächlich ergab die Studie, dass die Abwanderung aus den neuen Bundesländern – mit einem Bevölkerungsverlust von insgesamt 1,8 Millionen Menschen seit der Wende – gestoppt war. Erstmals zog es mehr Menschen aus dem Ausland und den alten Bundesländern nach Ostdeutschland als von dort fortgingen. «Seit der Wiedervereinigung hing dem Osten ein schlechtes Image an», erklärten die Autoren der Studie, Theresa Damm und Manuel Slupina. «Wer kann, der geht in den Westen – so hatte es lange den Anschein. Dass jetzt auch viele Studienanfänger aus den westdeutschen Bundesländern nach Leipzig, Dresden oder Jena gehen, ist ein Erfolg für diese Städte.»

Das war die gute Nachricht. Die schlechte: Nur 15 Prozent der 2695 ostdeutschen Kommunen profitierten von dieser Trendumkehr. In den übrigen 85 Prozent ging die Abwanderung weiter. Mit dem einen Unterschied: Nicht mehr nur nach Stuttgart und München zog es die zumeist jungen Menschen, die ihre Dörfer verließen, sondern auch in die ostdeutschen Großstädte. Blühende Städte statt blühende Landschaften: Damit gleichen sich die demografischen Entwicklungen in Ost und West langsam an.

Wer wandert wohin?

Es ist nicht nur regional eine höchst unterschiedliche Wanderung, die Damm und Slupina ausgemacht haben, sondern auch altersmäßig. So zieht es die sogenannten Bildungswanderer und Berufswanderer naturgemäß in die Großstädte. Die Ersten sind zwischen 18 und 24 Jahre alt und offenbar regional

sehr verbunden, denn 40 Prozent von ihnen haben sich für eine ostdeutsche Großstadt entschieden. Wenn es nach Ausbildung oder Studium um einen Arbeitsplatz geht, ziehen die Berufswanderer von 25 bis 29 ebenso in die größeren Städte, allerdings mehr noch in die alten als in die neuen Bundesländer.

Ein Ende nimmt die Landflucht erst bei den sogenannten Familienwanderern. Bei ihnen haben die Forscher des Berlin-Instituts festgestellt, dass sie sich vor allem in der vertrauten Umgebung niederlassen. Hier sind Kleinstädte und ländliche Regionen oft attraktiver als Großstädte. Allerdings darf die Distanz zu diesen nicht allzu groß sein. Wenn die Kinder aus dem Haus sind, spüren viele den Wunsch, in eine kleinere Wohnung zu ziehen. Allerdings wirkt sich diese Empty-Nest-Wanderung nicht so sehr auf das demografische Geschehen aus wie andere Wanderungen. Das Gleiche gilt für die Ruhestandswanderer. Bei beiden aber lässt sich sagen, dass im Zweifel Mittel- und Oberzentren besser abschneiden als die Großstädte. Denn kleinere Städte haben den Vorteil, in der Region bleiben zu können und Grundversorgung, etwa bei Arztpraxen oder kulturellen Einrichtungen, bieten zu können. «Tendenziell», so fasst Reiner Klingholz, der Leiter des Berlin-Instituts, seine Studie zusammen, «ziehen die Jungen in Richtung der Ausbildungsstätten in den Städten, die Berufswanderer der Arbeit nach, die Familiengründer ins grüne Umland der Zentren, um dann später, wenn die Kinder aus dem Haus sind oder der Ruhestand beginnt, die Eigenheimsiedlungen wieder in Richtung einer zentralen Lage zu verlassen.»

Die neue Attraktivität der ostdeutschen Städte ist auch das Ergebnis von Anstrengungen: Viele zu DDR-Zeiten vernachlässigte Innenstädte wurden saniert, es gab Fördermittel für die Instandsetzung von Plätzen und ganzen Stadtquartieren, die Infra-

«Bürgerbusse, Kunstscheunen und Pflegenetzwerke – solche Modelle kommen an und lassen auch kleine Dörfer wieder wachsen.»

struktur ist auf dem neuesten Stand. In den ländlichen Regionen dagegen ist davon nicht viel angekommen – und das betrifft nicht nur die in Ostdeutschland vielerorts schlechte Abdeckung mit schnellem Internet.

Um künftig neben den Städten auch die Dörfer attraktiver zu machen, müsste laut Manuel Slupina verstärkt das bürgerschaftliche Engagement unterstützt werden. «Es ist interessant zu beobachten, dass man auch in einem schrumpfenden Umfeld immer wieder kleinste Dörfer findet, die wachsen», erklärt Slupina. «Das sind oft die, die ein reges Vereinsleben haben oder ein ausgeprägtes zivilgesellschaftliches Engagement. Bürgerbusse, Pflegenetzwerke, Kulturscheunen oder selbstverwaltete Dorfläden wie in Seddin: Das sind Modelle, die ankommen und einer Abwärtsspirale entgegenwirken können.»

Die Menschen wollen zusammenarbeiten

Während Brandenburg vor allem von Berlin profitiert, ist es in Thüringen die Siedlungsstruktur, die mehr und mehr ein Netz der Stabilität bildet, erklärt Marta Doehler-Behzadi. «Wir haben keine Metropole wie Brandenburg mit Berlin oder Sachsen mit Leipzig», sagt die ehemalige Geschäftsführerin der Internationalen Bauausstellung Thüringen. «Stattdessen haben wir eine einmalige Siedlungsstruktur mit vielen Dörfern, kleinen und mittleren Städten, dazu noch Erfurt, Jena und Gera als Großstädte. All das zusammen mit der wunderbaren Landschaft und den Burgen ist nicht nur identitätsstiftend, es ist für Thüringen auch ein Alleinstellungsmerkmal.»

Das Schwarzatal ist eine dieser lieblichen Landschaften Mitteldeutschlands. Es liegt im Süden Thüringens, viele sind in den vergangenen 25 Jahren abgewandert. Eine Nachwende-Peripherie, in der die Zivilgesellschaft aber noch intakt ist, weiß Ulrike Rothe, die als Projektleiterin bei der IBA für das Schwarzatal zuständig war. «Die größte Ressource hier sind die Menschen. Sie wollen zusammenarbeiten.» Also versuchen die Dörfer und Städte entlang der Schwarztaal und Saale sich so autark wie möglich zu machen. Für Burkhardt Kolbmüller ist das auch die Chance, einen Stimmungsumschwung zu erzeugen. «Da ist viel positive Energie im Spiel», sagt der Kulturwissenschaftler, der das IBA-Projekt «resilientes Schwarzatal» mit angeschoben hat. Partizipation ist hier das Thema – und auch regenerative Energien.

Einen ganz anderen Vorschlag für periphere Regionen hat das Berlin-Institut in der Schublade. Bisher, erklärt Institutschef Klingholz, würden Flüchtlinge, die infolge des Verteilungsschlüssels in ländlichen Regionen untergebracht seien, in die nächstgelegenen Städte weiterziehen. «Wenn die Gemeinschaft in den Orten alles daransetzen würde, den vorübergehend Zugewanderten persönliche Kontakte, Arbeitsplätze, eine dauerhafte Bleibe, also eine gelebte Integration zu sichern», so Klingholz, könne man die neuen Bewohner halten. «Die Willkommenskultur vor Ort entscheidet damit auch über die demografische Zukunftsfähigkeit der Gemeinden.»



Wie Zuwanderung neue Stabilität auch in den entlegendsten Regionen sichern kann, dafür ist die Uckermark im nordöstlichsten Zipfel von Brandenburg ein Beispiel. Durch Zuwanderer aus Stettin, meist sind es junge Familien, konnten Schulen vor der Schließung bewahrt werden. Polen übernehmen Geschäfte und Arztpraxen. «Inzwischen sind zwölf Prozent der Bewohner im Amt Gartz Polen», sagt Amtsdirektor Frank Gotzmann, «in manchen Dörfern machen sie fast die Hälfte der Bevölkerung aus.»

Wenn Erfurt das neue Berlin ist, ist die polnische Uckermark die neue Hoffnung der Peripherie.

Uwe Rada, 1963 in Göppingen geboren, schreibt als Journalist viel über Stadtentwicklung und ist Autor diverser Bücher (u.a. zuletzt der Roman «1988», 2017). Er lebt in Berlin-Pankow und im brandenburgischen Grunow.

«Ja, wir haben eine neue Baukonjunktur»

Raoul Schmidt-Lamontain ist Baubürgermeister von Dresden – und muss damit umgehen, dass seine Stadt wächst.

Interview: Uwe Rada

Herr Schmidt-Lamontain, seit einigen Jahren ist die Abwanderung in Ostdeutschland gestoppt. Zu den Gewinnern gehören Städte wie Dresden, Leipzig und Jena. Darf man Ihnen gratulieren?

Raoul Schmidt-Lamontain: Ja, Dresden gehört tatsächlich seit einigen Jahren zu den Städten in Deutschland, in denen die Bevölkerung wächst. Das stellt uns in der Stadtentwicklung und Verkehrsplanung vor große Herausforderungen, ist aber auch eine große Chance.

Nach Dresden und in die anderen großen Städte der neuen Bundesländer zieht es laut Berlin-Institut vor allem die Bildungswanderer und die Berufswanderer. Ältere dagegen zieht es eher in mittelgroße Städte. Ist Dresden auf diese demografische Herausforderung vorbereitet?

Zu uns kommen vor allem die Altersgruppen der 18- bis 25-Jährigen – was auf eine hohe Anziehungskraft für junge Auszubildende, Studierende und Berufseinsteiger hindeutet. Die Stadt Dresden begrüßt diese Entwicklung und ist darauf vorbereitet. Die Ausbildungsbetriebe haben einen hohen Bedarf an Nachwuchskräften, der sich vor allem daraus ergibt, dass stark besetzte Alterskohorten in Rente gehen. Aufgrund der geburtenschwachen Jahrgänge der Nachwendezeit gingen die Nachfrage und die Angebote für Auszubildende bis 2014/15 zurück, wurden seitdem aber wieder ausgebaut, insbesondere an den beruflichen Gymnasien. Die Ausbildungsangebote in den Betrieben und Berufsschulen sind ausreichend vorhanden.

Und die Hochschulen und Universitäten?

Anfang der 2010er-Jahre wurden zudem infolge des Hochschulpaktes die Kapazitäten umfassend ausgebaut. Die Zahl der Studien-

anfänger stieg in den Jahren 2011 und 2012 deutlich, ging seitdem aber wieder zurück und hat sich erst im letzten Jahr wieder stabilisiert. Aufgrund besagter geburtenschwacher Jahrgänge der Nachwendezeit wird aber für die nächsten Jahre mit keiner erneuten deutlichen Zunahme der Studierendenzahlen gerechnet.

Zuwanderung bedeutet auch Wohnungsknappheit und steigende Mieten. Aber gerade das vergleichsweise günstige Wohnen in Ostdeutschland hat zur Renaissance der Städte und zur Zuwanderung aus dem Ausland und Westdeutschland beigetragen. Was tut Ihre Stadt, um diesen Standortvorteil zu sichern? Noch 2006 haben Sie die städtische Wohnungsbaugesellschaft verkauft, um schuldenfrei zu sein.

Wie viele Großstädte entwickelt sich auch Dresden sehr dynamisch auf dem Wohnungsmarkt. Das ist mit steigenden Mieten und einem Rückgang des preiswerten Wohnungsangebotes verbunden. Um das Wohnungsangebot im preiswerten Segment zu sichern, verfügt die Landeshauptstadt Dresden trotz des Verkaufs der kommunalen Wohnungsgesellschaft im Jahr 2006 über einen Bestand von 10.200 belegungsgebundenen Wohnungen. Darüber hinaus wird das preiswerte Wohnungsangebot gesichert. Die wichtigsten Instrumente sind, das Landesprogramm zur Schaffung von mietpreis- und belegungsgebundenen Wohnungen umzusetzen sowie eine kommunale Wohnungsgesellschaft zu gründen. Die Wohnungsgesellschaft soll bis 2021 insgesamt 800 preiswerte Wohnungen errichten und bis 2025 auf einen Bestand von 2.500 Wohnungen wachsen.

Wie sieht es mit Neubauten in Dresden aus?

Im Jahr 2016 wurden 2597 Wohnungen neu gebaut, das sind fünf Mal mehr als noch 2010 und über 1.000 mehr als 2015. Im Jahr 2017 sind 4.596 Wohnungen fertiggestellt worden, davon 2.300 im Neubau und 2.296 in der Modernisierung. Ja – wir können in Dresden von einer neuen Baukonjunktur sprechen.

Was genau wird gebaut?

Zurzeit bauen wir vor allem Mehrfamilienhäuser. Zum Vergleich: 2010 waren 25 Prozent der Neubauten Mehrfamilienhäuser, 2016 sind es 75 Prozent. Die Landeshauptstadt Dresden geht für den Zeitraum von 2017 bis 2020 von einem zusätzlichen Wohnbedarf von circa 2.600 Wohnungen pro Jahr aus. Die aktuelle Bautätigkeit zeigt, dass wir in Dresden mit dem Neubau in etwa auf dem Niveau des Wohnbedarfs liegen.

Raoul Schmidt-Lamontain, 41, ist von Beruf Architekt und Stadtplaner. Seit 2015 ist der gebürtige Hannoveraner Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften der Stadt Dresden.

Uwe Rada, 1963 in Göppingen geboren, schreibt als Journalist viel über Stadtentwicklung und ist Autor diverser Bücher u. a. zuletzt der Roman «1988», 2017). Er lebt in Berlin-Pankow und im brandenburgischen Grunow.



Wir sind mit Landesstiftungen in allen fünf ostdeutschen Bundesländern vertreten: Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Die Landesstiftungen sind selbstständige Vereine, die untereinander und mit uns als Bundesstiftung eng zusammenarbeiten. Mit ihrer Bildungsarbeit schärfen sie die politische Urteilskraft der Bürgerinnen und Bürger, regen zu bürgerschaftlichem Engagement an und verbessern die Möglichkeiten zur Teilhabe am politischen Leben. Hier einige Beispiele:

Veranstaltungsreihe in Sachsen

Was zu tun ist. Demokratie geht jetzt erst los!

Zunehmende soziale Ungleichheiten, der Klimawandel und eine entfesselte, schwer lenkbare Ökonomie – die Demokratie des 21. Jahrhunderts steht vor großen Herausforderungen. In der Veranstaltungsreihe suchen wir mutige, radikale und reale Handlungsvorschläge, was jetzt zu tun ist. Die erste Frage, die sich dabei sicherlich stellt, ist die nach gesellschaftlichen Visionen. Welche Gesellschaft streben wir an? Was ist unser utopisches Bild von Demokratie, sozialer Gerechtigkeit, Europa, Gleichberechtigung, Migration, Digitalisierung und Klimagerechtigkeit? Unsere Gäste werden Handlungsvorschläge zu den einzelnen Themen mitbringen, die wir mit dem Publikum diskutieren wollen. Die Reihe ist eine Kooperation zwischen den Professuren für Internationale Politik und der für Didaktik der politischen Bildung an der TU Dresden, dem Staatsschauspielhaus und Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen. www.weiterdenken.de/de/was-zu-tun-ist

Publikationen

Zur Sache! Was die AfD wirklich will

Die AfD gibt sich mal bürgerlich und konservativ, mal als Protestpartei, mal als Stütze des Mittelstandes, mal offen nationalistisch, mal als Stimme der »kleinen Leute«. Vielen fällt es deswegen schwer, eine klare Haltung zur AfD zu beziehen. Darf man sie rechts nennen? – Ja, man darf. Die AfD hat Verbindungen zu Neonazis und (ehemaligen) NPD-Mitgliedern, zur extrem rechten Identitären Bewegung und Burschenschaften. Und die AfD macht keine gute Politik für »kleine Leute«: weder für Geringverdienende noch für Familien. Die AfD vertritt rassistische Positionen, die mit demokratischen Prinzipien nicht vereinbar sind. Das Grundsatzprogramm von 2016 ist ein ultrarechtes Programm und dahinter steht die ganze Partei. Das Heft soll zum Weiterlesen, Nachdenken und Diskutieren anregen, denn: Wer sich mit Rechtspopulismus auseinandersetzen will, sollte nicht bei der AfD stehen bleiben. Es braucht eine Debatte darüber, was Demokratie ausmacht, und wie wir Solidarität und Teilhabe in der Gesellschaft leben können. **Bestellung oder Download:** www.weiterdenken.de/de/zur-sache-afd

Klimaschutz Hand in Hand – Das Tandem-Handbuch

«Klimaschutz Hand in Hand» (Deutsch-Arabisch) ist ein Bildungsangebot für Geflüchtete und Einheimische. Im Tandem werden Hintergründe des Klimawandels besprochen und viele praktische Tipps für Klimaschutz im Alltag gegeben. Die Themen sind Lebensmittel, Strom & Wärme, Wasser, Müll & Ressourcen und Mobilität. Das Wissen hilft nicht nur dabei, die Umwelt zu schonen, sondern auch den Geldbeutel. Das Tandem bietet eine besondere Möglichkeit, Freundschaft zu schließen!

Sie wissen nicht, mit wem Sie das Tandem machen könnten? Die Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg und der Verein Start with a Friend führen Sie gerne mit einer Tandemperson zusammen. www.boell-brandenburg.de/de/klimaschutz-hand-hand-das-tandem-handbuch

Projekte (Ausblick)

(Ost-)Deutsche Transformation 89//19ff

30 Jahre nach dem Mauerfall beschäftigen wir uns zusammen mit den Landesstiftungen mit den Erfahrungen von Aufbrüchen und Umbrüchen. Wir wollen herausfinden, was sich gerade im Land verändert und wie wir dazu beitragen können, den gesellschaftlichen Zusammenhalt in diesem Prozess zu stärken. Wir wollen ausloten, an welche Erfahrungen sich anknüpfen lässt, wollen rechte und rechtspopulistische Instrumentalisierungen zurückweisen und statt ostalgotischer Lesarten danach fragen, was wir für eine lebenswerte demokratische Zukunft brauchen. Wir orientieren uns dabei an dem Motto «Wir müssen reden» und suchen dazu den Austausch mit den demokratischen Akteur/innen vor Ort.

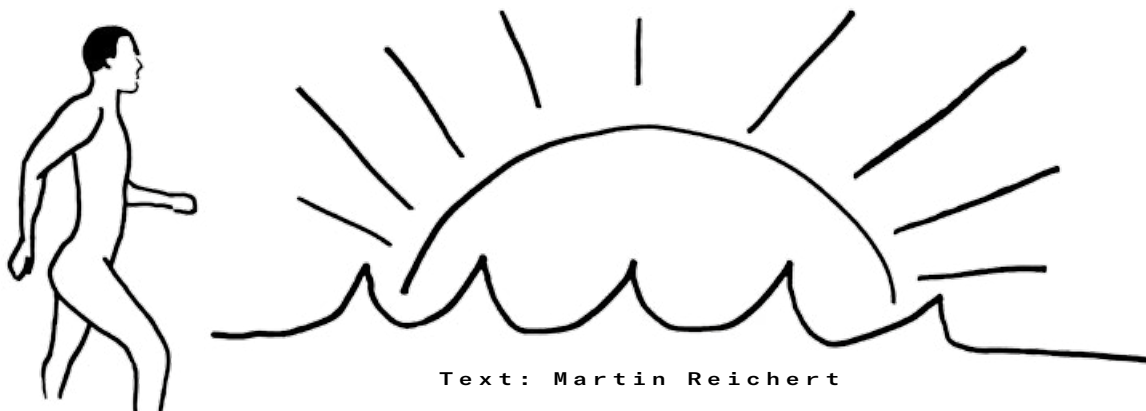
Shared Spaces – Europäische Dialoge über öffentliche Räume

Für uns ist eine bessere europäische Integration die einzige Alternative zu autoritärem Nationalismus und illiberaler Demokratie. In unserem Verbundprojekt «Shared Spaces» gehen wir der Frage nach, wie wir in Deutschland von europäischen Erfahrungen profitieren und umgekehrt unsere Erfahrungen einbringen können. Wir wollen zeigen, dass es ein gemeinsames Interesse der europäischen Bürgerinnen und Bürger gibt, den öffentlichen Raum zu stärken. Deutschlandweit werden 2019 Konferenzen und andere Veranstaltungen zum Thema «Öffentliche Räume» stattfinden, auch Bildungsmaterialien sind in Vorbereitung.

www.boell.de/sharedspaces

Von einem, der aus dem Westen auszog, um woanders er selbst zu werden.

Im Osten was Neues



«Kinder, was ist Sozialismus schön!» So kicherte mein damaliger Freund und späterer Exmann zusammen mit seinen Ost-Berliner Freunden, wenn diese zu Besuch waren bei uns draußen im Brandenburgischen und wir Streuselkuchen aßen und Kaffee dazu tranken. Das war noch in den Neunziger Jahren, und ich, der einzige Wessi, verstand weder, warum die Freunde so seltsam versonnen-melancholisch darüber kicherten, noch, warum man das Jacobs-Filterkaffeepulver einfach mit heißem Wasser aufbrühte. Den Sozialismus gab es doch gar nicht mehr, Filtertüten aber ja durchaus.

Ich hatte noch so viel zu lernen

Nein, es ist nicht angebracht, die Kohlen aus dem Keller in einer Benneton-Plastiktüte in den vierten Stock einer Ost-Berliner Mietskaserne zu tragen. Vielmehr ist es einfach nur grotesk-komisch und Klischees über Wessis auf die Spitze treibend. Ganz egal, ob es einfach nur die einzige und vor allem tragfähige Tüte im gerade neu gegründeten, studentischen Haushalt war. Vorurteile hat man ja meist gegenseitig. Aber es stimmte schon: Wie man einen Kohlenofen bedient, davon hatte ich keine Ahnung, als ich 1996 aus dem tiefsten Südwesten in Nordostdeutschland ankam und mir dort alles exotischer vorkam als Bangkok. Aber genau dort wollte ich ja hin: neue Welten erkunden.

Die «Donauwelle» heißt «Schneewittchenschnitte», und den «Havarienotdienst» ruft man nicht, wenn das Kraftwerk nebenan Kernschmelze hat oder ein Tanker im Hausflur gestrandet ist, sondern wenn irgendwas mit den sanitären Anlagen aus dem Ruder gelaufen ist. Rohrbruch, Heizungsdefekt. Solche Sachen.

Schwer war am Anfang auch das mit dem Nacktbaden, war ich doch aus meiner katholisch-prüden Heimat an bizarre Strandrituale wie das «Sich in ein Handtuch gewickelt die Badekleidung ausziehen und trockenrubbeln ohne dass man was sieht»-Ballett gewöhnt. Und dazu 100 Prozent blickdichte Einzelduschkabinnen in öffentlichen Schwimmbädern. Doch dann auf einmal war es ganz leicht – der Osten hat mir die Freiheit geschenkt.

Ich war in jeder Hinsicht einfach nur neugierig, wissbegierig. Mir schmeckte auch das Essen in den Gaststätten, das andere Wessis häufig zum Anlass nahmen, um arrogant die Nase zu rümpfen. Typisch neureich – gerade erst hatte man auch in Wuppertal gelernt, wie man eine Kiwi löffelt und dass man Parmesan auch frisch reiben kann anstatt vertrockneten, käsefüßigen aus der Tüte zu

nehmen – belächelte man das «Steak au four», den Königstiger der ostdeutschen Cuisine (ein mit Würzfleisch überbackenes Schweinesteak). Und natürlich das angeblich so spießige Würzfleisch, das sich in den Siebzigern (und darüber hinaus) als «Ragout fin» auch in Frankfurt am Main großer Beliebtheit erfreut hatte. Überhaupt: Schrankwände, Mief und Kleinbürgerlichkeit schien es ja nur in der DDR gegeben zu haben, wenn man den Wessis seinerzeit geglaubt hätte. Haben ja aber auch viele seinerzeit den Wessis alles geglaubt.

Vieles von dem, was mir so fremd erschien, konnte ich mir im Nachhinein erklären, vieles habe ich mir auch erklären lassen. In anderen Dingen war ich hilfloser, hatte ich doch die DDR nie erlebt, als es sie noch gab. Wie war es, dort zu leben und aufgewachsen zu sein? Ich kannte bloß die Fortsetzung, Teil II: nach der Wende.

Einmal war ich mit meinem Ex im Kino, «Die Legende von Paul und Paula» anschauen, für ihn das erste Mal nach 1989. Danach standen wir unter den Kolonnaden an der Berliner Museumsinsel und blickten auf die Spree, ihm kamen die Tränen. Er trauerte um das, was mal gewesen war. Um sein Land, das es nicht mehr gab. Und ich zeigte in meiner Hilflosigkeit auf den Fernsehturm und die angrenzenden Hochhäuser, die Achtgeschossiger und Zwölfgeschossiger und sagte: «Aber sei doch nicht traurig, ihr seid doch alle noch da.»

Das ist nun schon sehr lange her. An der Ostsee gibt es nun Textil-, Hunde- und Familienstrände – und die Kohlenöfen Ost-Berlins sind größtenteils abgebaut. So wie es die DDR nicht mehr gibt, gibt es auch meine alte Heimat, die Bundesrepublik der Ära Kohl, nicht mehr.

Mein Coming-out aber hatte ich in den «neuen Bundesländern». Dort, in Ost-Berlin, Brandenburg und an der Küste Mecklenburg-Vorpommerns wurde aus einem jungem Wessi allmählich ein Erwachsener, der lernte, sich noch viel mehr Freiheiten zu nehmen als nur die, nackt in der Ostsee zu baden. Mitten in den Verwerfungen, Umbrüchen und Umwälzungen der ehemaligen DDR durfte und darf ich werden – ich bin immer noch froh, damals rübergemacht zu haben.

Martin Reichert, Jahrgang 1973, geboren in Wittlich, lebt als Journalist und Autor in Berlin. In zahlreichen Kolumnen in der taz («Landmänner») und Büchern («Landlust») berichtete er von seinem Leben als Wessi, der mit einem Ossi zusammen war. Und das auch noch in Brandenburg.

Der besondere Tipp

Planspiel

Zusammen – Spiel dich fit für Vielfalt!

Schulen, insbesondere Berufsschulen, arbeiten mit Schülerinnen und Schülern unterschiedlicher Herkunft zusammen. Eine Kultur der Offenheit und des Interesses gegenüber Neuem und Anderem, Respekt und Toleranz kommen nicht von alleine, sie müssen erarbeitet und gelernt werden. Wir haben ein Planspiel mit Unterrichtsmaterial entwickelt, das in Sozialkunde, Gemeinschaftskunde oder Politik eingesetzt werden kann. Das Spiel besteht aus vier Kartensets und Arbeitsblättern, die auch für Deutsch-Anfänger/innen geeignet sind. Die vier Spiele behandeln die Themen: Zusammenleben in Vielfalt, Demokratie, Flucht und Migration und Zusammenarbeit in Gesellschaft und Beruf. Schutzgebühr: 20 €

Zu bestellen unter:

www.boell.de/de/zusammen-planspiele-im-kurzformat

Publikation

«Flucht ins Autoritäre»: Studie zu rechtsextremen Einstellungen in Deutschland

Von Dr. Oliver Decker und Prof. Dr. Elmar Brähler in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung und der Otto Brenner Stiftung. In der seit 2002 laufenden repräsentativen Befragung wird die Verbreitung von rechtsextremen Einstellungen ebenso untersucht, wie die Zufriedenheit mit demokratischen Institutionen und Werten. Die aktuelle, neunte Studie legt zudem einen besonderen Schwerpunkt auf die Untersuchung autoritärer Einstellungsmuster.

www.boell.de/leipziger-autoritarismus-studie
Twitter #LeipzigerStudie

Kalender 2019

Iss was?

Jeden Tag aufs Neue, mindestens drei Mal am Tag, entscheiden wir uns, was wir essen. Was will ich? Was will ich nicht? Was ist gut? Was ist schlecht? Der Kalender 2019 gibt mit einem Blatt für jeden Monat und tollen Illustrationen Antworten auf Fragen wie: Welche Tiere essen wir in Deutschland? Wie viel Fleisch esse ich wöchentlich? Und: Wie sprechen Kühe?

Zu bestellen unter:
www.boell.de/isswas

Veranstaltungsreihe

«Landwirtschaft anders – unsere Grüne Woche»

vom 14. – 19. Januar 2019

Mit unserer Veranstaltungsreihe setzen wir ein Zeichen für eine nachhaltige und global gerechte Landwirtschaft. Auf dem Programm stehen u.a. die Ausstellung «Tellerrand – Auswirkungen der industriellen Landwirtschaft in Europa» und der Supp'n Talk nach der Demonstration «Wir haben es satt» (19. 1).

Infos: www.boell.de/landwirtschaft

Agrar-Atlas

Daten und Fakten zur EU-Landwirtschaft

Jährlich fördert die EU die europäische Landwirtschaft mit fast 60 Milliarden Euro. Der Agrar-Atlas zeigt, dass kaum etwas von diesem Geld für gesunde Lebensmittel, den Schutz von Umwelt, Klima und Biodiversität oder den Erhalt von kleinen und mittleren Betrieben verwendet wird. Aber der Atlas beweist auch, dass es falsch wäre, die Förderung der Agrarpolitik einfach abzuschaffen. Denn der Umbau zu einer nachhaltigen und global gerechten Landwirtschaft ist nicht umsonst.

www.boell.de/atlantent

Gurko

Gurko am Rand der Smart City

Mit dem Hund namens Gurko haben wir eine Figur geschaffen, mit der wir einen Blick in die Zukunft werfen und fragen, welche Risiken und Nebenwirkungen die schöne neue digitale Welt birgt. Die ersten sechs Episoden sind online: Gurko und der Plattformkapitalismus, das Gesundheitswesen, die Liebe, das autonome Fahren, die Mobilität der Zukunft, unterwegs in der Smart City.

www.boell.de/de/gurko

Dossiers

Menschenrechte

Einfordern – Verteidigen – Garantieren

Alle Menschen sind gleich an Rechten und Würde geboren. In unserem Dossier bieten wir Analysen, Hintergründe, Kommentare und Interviews rund um das Thema Menschenrechte.

<http://on.boell.de/menschenrechte>

Medien für die Demokratie

Eine demokratische Öffentlichkeit braucht guten Journalismus. In unserem Dossier begleiten wir die Debatten um Demokratie und ihre Medien.

<http://on.boell.de/medien>

Klima

Es ist höchste Zeit zu handeln, wenn wir den Klimawandel in erträglichen Grenzen halten wollen. In unserem Dossier zeigen wir, wie ein Kurswechsel möglich ist.

www.boell.de/klima

Impressum

Herausgeberin

Heinrich-Böll-Stiftung e.V.
Schumannstraße 8, 10117 Berlin
T 030 – 2 85 34 – 0
F 030 – 2 85 34 – 109
info@boell.de

www.boell.de

Annette Maennel (V.i.S.d.P.)

Redaktion

Elisabeth Schmidt-Landenberger,
Martin Reichert, Dr. Sebastian Bukow,
Carmen Herzog

Redaktionsassistentin

Susanne Dittrich

Art Direktion / Gestaltung

State, Berlin
www.s-t-a-t-e.com

Umschlagsfotografie

Daniel Seiffert

Druck

Ruksaldruck GmbH Berlin

Papier

Umweltpapier + Umweltsiegel

Bezugsbedingungen

Zu bestellen bei oben genannter Adresse
Die einzelnen Beiträge stehen unter der Creative Commons Lizenz:
CC BY-NC-ND 4.0
Fotos und Illustrationen wie angezeigt



twitter.com/boell_stiftung
facebook.com/boellstiftung
youtube.com/user/boellstiftung
soundcloud.com/boellstiftung
flickr.com/photos/boellstiftung
instagram.com/boellstiftung/

«Das ist nun schon sehr lange her. An der Ostsee gibt es nun Textil-, Hunde- und Familienstrände – und die Kohleöfen Ost-Berlins sind größtenteils abgebaut. So wie es die DDR nicht mehr gibt, gibt es auch meine alte Heimat, die Bundesrepublik der Ära Kohl, nicht mehr.» Martin Reichert

Böll.Thema 19-1

Tickt der Osten wirklich anders?

Die Heinrich-Böll-Stiftung ist eine Agentur für grüne Ideen und Projekte, eine reformpolitische Zukunftswerkstatt und ein internationales Netzwerk mit weit über 100 Partnerprojekten in rund 60 Ländern. Demokratie und Menschenrechte durchsetzen, gegen die Zerstörung unseres globalen Ökosystems angehen, patriarchale Herrschaftsstrukturen überwinden, in Krisenzonen präventiv den Frieden sichern, die Freiheit des Individuums gegen staatliche und wirtschaftliche Übermacht verteidigen – das sind die Ziele, die Denken und Handeln der Heinrich-Böll-Stiftung bestimmen. Sie ist damit Teil der «grünen» politischen Grundströmung, die sich weit über die Bundesrepublik hinaus in Auseinandersetzung mit

den traditionellen politischen Richtungen des Sozialismus, des Liberalismus und des Konservatismus herausgebildet hat. Organisatorisch ist die Heinrich-Böll-Stiftung unabhängig und steht für geistige Offenheit. Mit derzeit 33 Auslandsbüros ist sie weltweit gut vernetzt. Sie kooperiert mit 16 Landesstiftungen in allen Bundesländern und fördert begabte, gesellschaftspolitisch engagierte Studierende und Graduierte im In- und Ausland. Heinrich Bölls Ermunterung zur zivilgesellschaftlichen Einmischung in die Politik folgt sie gern und möchte andere anstiften mitzutun.

www.boell.de